

Tagesbericht - Samstag, 17. Oktober 2026

Heutige Quellen:

The Daily Telegraph

Die Welt

Frankfurter Allgemeine Zeitung

The Guardian

Los Angeles Times

Neue Zürcher Zeitung

Süddeutsche Zeitung

USA Today

The Washington Post

Russland-Ukraine-Krieg: Starlink-Drosselung, westliche Unterstützung und Spannungen mit Trump

Die Berichterstattung über die Starlink-Drosselung und den Zerwürfnis zwischen Trump und Selenskyj fällt je nach Quelle sehr unterschiedlich aus. The Daily Telegraph liefert die investigativste Spur: Joe Barnes berichtet unter Berufung auf vier Quellen, dass Musk selbst Trump vorschlug, die Geschwindigkeit von Starlink/Starshield zu drosseln, was Kiews Drohnenabwehr lähmte, während Begleitartikel schildern, wie Polen Musk vor seiner Unzuverlässigkeit als europäischem Partner warnt und Selenskyj rund 70 Milliarden Euro zusätzlich von Europa fordert. In einem Meinungsbeitrag für The Daily Telegraph deutet Charles Moore die westliche Selbstgefälligkeit als Wiederholung von Chamberlains Appeasement gegenüber Hitler, während in einem weiteren Beitrag Richard Branson (wiedergegeben von Hans van Leeuwen) Trump vorwirft, Diktatoren zu hofieren. USA Today konzentriert sich in einem Beitrag von Sergiy Chalyi sowie einem weiteren unsignierten Bericht auf die unmittelbaren Folgen an der Front - beeinträchtigte Raketen- und Drohnenerkennung - und zitiert ukrainischen Frust über ausbleibende Fortschritte. The Guardian betont in einem Artikel von Jennifer Rankin und Andrew Roth die Unsicherheit darüber, ob der Dienst tatsächlich wiederhergestellt wurde, und ergänzt dies durch einen separaten Beitrag von Andrew Roth über einen systematischen russischen Plan, das städtische Leben in der Ukraine durch Angriffe auf Infrastruktur unerträglich zu machen. Die Los Angeles Times rückt in Beiträgen von Susie Blann und unsignierter Berichterstattung Selenskyjs Gefühl des Verrats und seine Hinwendung zu Europa in den Mittelpunkt und veröffentlicht zugleich zwei gegensätzliche Leserbriefe - einen, der Kiews Recht auf Angriffe auf Raffinerien verteidigt, und einen von Bill Brock, der fordert, nicht Selenskyj, sondern Trump solle abgelöst werden. Unter den deutschsprachigen Zeitungen liefert Die Welt die schärfste Stimme: Harald Martenstein vergleicht in seiner Kolumne Trumps Abkehr von der Ukraine mit stalinistischen Aushungerungstaktiken und fordert die AfD

direkt heraus. Die Neue Zürcher Zeitung bietet mit Beiträgen von A.R., Andreas Rüesch und Antonio Fumagalli eine sachlichere, faktenorientierte Berichterstattung über die 70-Milliarden-Forderung und verweist zugleich auf wachsenden rechtsnationalen Widerstand von Le Pen und Weidel gegen weitere Hilfen. Die Süddeutsche Zeitung bringt zwei kritische Kommentare: Charlotte Walser beschreibt Trumps Abwendung von der Ukraine als Folge erratischer innenpolitischer Motive, während Nicolas Richter warnt, Putin gewinne, "wenn man ihn gewinnen lässt", und eine entschlossener westliche Unterstützung fordert. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung deckt das breiteste Meinungsspektrum ab: eine Presseschau zitiert die Volksstimme, die von "schnödem Verrat" spricht, neben La Repubblica, die Selenskyj zu mehr Realpolitik rät; Thomas Gutschker berichtet über Selenskyjs Zuflucht in Brüssel; und Interviews mit Außenminister Wadepul zeigen eine klare Regierungslinie, die Ukraine bis zu einem verantwortbaren Frieden weiter zu finanzieren. Schließlich bietet der in der Süddeutschen Zeitung veröffentlichte Briefwechsel zwischen Michail Schischkin und Gennadiy Druzenko eine dezidiert humanistische, literarische Perspektive abseits der Tagespolitik, die trotz allen Hasses nach Wegen künftiger Versöhnung zwischen Russen und Ukrainern sucht.

Quellen: The Daily Telegraph, Die Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, The Guardian, Los Angeles Times, Neue Zürcher Zeitung, Süddeutsche Zeitung, USA Today, The Washington Post

The Daily Telegraph, 17.10.2026, S. 1 — „Musk approached Trump to slow Starlink...“

The Daily Telegraph, 17.10.2026, S. 2 — „Zelensky seeks more money from allies...“

The Daily Telegraph, 17.10.2026, S. 12 — „Branson: US president appeases dictators“

The Daily Telegraph, 17.10.2026, S. 15 — „Ukraine's Trump problem“

The Daily Telegraph, 17.10.2026, S. 16 — „Flags and fine words may mask...“

Die Welt, 17.10.2026, S. 13

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 1 — „Wadephul: Wir finanzieren Kiew bis zu...“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 2 — „„Wir sind ein bisschen ängstlich geworden“...“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 2 — „Schnöder Verrat (Volksstimme zur Abkehr Amerikas...“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 2 — „Unzuverlässige Positionen (La Repubblica zu Selenskyj...“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 6 — „Nach dem neuerlichen Zerwürfnis mit Trump...“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 18 — „„Deutschland ist zurück“ – Klingbeil und...“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 28 — „Warum die EU Russlands Staatsvermögen nicht...“

The Guardian, 17.10.2026, S. 2 — „Israel's retaliation over NAZA documentary on...“

The Guardian, 17.10.2026, S. 32 — „Starlink access still not fully restored...“

The Guardian, 17.10.2026, S. 32 — „Russia's plan to degrade city life...“

Los Angeles Times, 17.10.2026, S. 1 — „Ukraine is 'done' with truce“

Los Angeles Times, 17.10.2026, S. 4 — „Zelensky says Trump actions betray Ukraine“

Los Angeles Times, 17.10.2026, S. 4 — „Ukraine looks to Europe for more...“

Los Angeles Times, 17.10.2026, S. 13 — „Letters: Ukraine should bomb Russian refineries;...“

Los Angeles Times, 17.10.2026, S. 13 — „Letters: No, we need a new...“

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 1 — „Selenski bittet die EU um grössere...“

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 2 — „Selenski widersetzt sich Trump und kritisiert...“

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 3 — „Le Pen und Weidel wollen die...“

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 1 — „Trumps unterlassene Hilfeleistung“

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 4 — „Sein Donald Geld einfrieren / Putin...“

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 11 — „Briefwechsel zwischen Michail Schischkin und Gennadiy...“

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 12 — „Briefwechsel zwischen Michail Schischkin und Gennadiy...“

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 13 — „Briefwechsel zwischen Gennadiy Druzenko und Michail...“

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 14 — „Briefwechsel: Nicht zum Krieg verdammt“

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 14 — „Briefwechsel: Nicht zum Krieg verdammt (Antwort)“

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 24 — „Das neue deutsche Selbstbewusstsein“

USA Today, 17.10.2026, S. 1 — „Starlink slowdown felt on Ukraine front...“

USA Today, 17.10.2026, S. 3 — „Hegseth's TV instincts backfire“

USA Today, 17.10.2026, S. 4 — „Starlink restrictions strain Ukrainian forces amid...“

The Washington Post, 17.10.2026, S. 18

EU-China-Handelsstreit um Elektroautos und Zölle

Die Berichterstattung über den Handelsstreit zwischen der EU und China im Bereich Elektrofahrzeuge reicht von institutioneller Zustimmung zu einer härteren europäischen Linie bis hin zu kritischeren, industrienahen Perspektiven. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung bringt mehrere Beiträge, die in dieselbe Richtung weisen: Ein übernommener Kommentar der belgischen Zeitung De Tijd argumentiert, die Einigung zur Begrenzung chinesischer Hybridauto-Importe beweise, dass Europa seine wirtschaftliche Macht klug als Hebel gegen Peking einsetzen könne; ein weiterer Bericht beschreibt eine deutsch-französische Initiative, Handelsschutzinstrumente auf Chemie und Maschinenbau auszuweiten; und ein mehrköpfig verfasster Beitrag zeichnet den weltweiten Vormarsch chinesischer Hersteller wie BYD, Geely und SAIC nach. Zusammen ergibt sich das Bild einer EU, die selbstbewusst ihren Kurs verschärft. Die Süddeutsche Zeitung greift in einem Beitrag von Jan Diesteldorf dieselbe Linie auf und beschreibt eine „Doppelstrategie“ aus verhandelten Zugeständnissen und neuen Abwehrinstrumenten, die von zitierten Experten positiv bewertet wird. Die Welt setzt dagegen stärker auf die industrielle Perspektive: Christoph Kapalschinski schildert, wie europäische Autobauer mit günstigen Kleinwagen auf die chinesische Konkurrenz reagieren, während ein weiterer Beitrag einen Vertreter des chinesischen Herstellers Chery zu Wort kommen lässt, der kritisiert, die Abschottung Europas verrate dessen Tradition offener Märkte und schade letztlich den Verbrauchern durch höhere Preise. Die Neue Zürcher Zeitung bietet zwei unterschiedliche Blickwinkel: Matthias Kamp berichtet, dass Chinas Regierung selbst die Kontrolle über ihre Autobauer verschärft, um einen ruinösen Preiskampf einzudämmen, und merkt an, dass die EU-Exportbeschränkungen nur eine teilweise Entlastung bringen dürften, während Daniel Imwinkelried in einem Meinungsbeitrag die deutsch-französische Vereinbarung, Kaufanreize auf in der EU gefertigte Fahrzeuge zu beschränken, scharf als „planwirtschaftliches“ Instrument kritisiert, das aus innenpolitischer Schwäche entstehe und Handelspartner zu Vergeltung provozieren könne. The Guardian ergänzt die britische Perspektive und

berichtet, dass das Vereinigte Königreich erwägt, sich den EU-Zöllen auf chinesische Elektroautos anzuschließen, während China warnt, dies verstoße gegen WTO-Regeln. Die Los Angeles Times schließlich nimmt mit Chester Dawson die globalste, strukturellste Sichtweise ein und verweist auf einen Branchenbericht, demzufolge Chinas Kosten- und Softwarevorteile schwerer zu kopieren seien als frühere Wettbewerbsschocks - ein Befund, der Regierungen weltweit dazu bewegt, chinesische Fahrzeugimporte einzuschränken.

Quellen: Die Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, The Guardian, Los Angeles Times, Neue Zürcher Zeitung, Süddeutsche Zeitung

Quellenangaben (10)

Die Welt, 17.10.2026, S. 17 — „„Ente“ gegen Peking“

Die Welt, 17.10.2026, S. 18 — „„Ente“ gegen Peking“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 2 — „Billige Importe (De Tijd zu EU-China-Handelspolitik)“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 18 — „Nun geht die EU gegen Chemie...“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 19 — „Chinas Autos rollen über die Welt“

The Guardian, 17.10.2026, S. 10

Los Angeles Times, 17.10.2026, S. 12

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 22 — „Merz und Macron bilden eine unheilige...“

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 23 — „Chinas Regierung nimmt die Autohersteller an...“

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 9

 **Innenpolitik** 3 Quellen · 2 Sprachen

Rechtsruck in der israelischen Politik vor der Wahl

Die Berichterstattung zu Israels Rechtsruck vor den Wahlen zerfällt in drei recht unterschiedliche Perspektiven. Die Welt berichtet schlicht und sachlich über eine taktische Ankündigung Netanjahus, der einen erneuten Angriff auf den Iran vor der Parlamentswahl am 27. Oktober ablehnt, Teheran und seine Verbündeten aber zugleich warnt - ein Bericht, der sich auf die kurzfristige wahltaktische Iran-Politik konzentriert. Im Gegensatz dazu widmet sich Emma Graham-Harrison in ihrem Beitrag für The Guardian einem viel tiefergehenden, strukturellen Wandel: Sie

argumentiert, die israelische Politik - vor allem unter jungen Wählern - habe sich dauerhaft in Richtung Ethnonationalismus verschoben, wobei Themen wie Demokratie, Menschenrechte, Frieden und palästinensische Selbstbestimmung selbst bei Mitte-Parteien kaum noch zur Sprache kämen, während Annexions- und Vertreibungsrhetorik zunehmend normalisiert werde. In der Neue Zürcher Zeitung liefert Johannes C. Bockenheimer eine dritte, innenpolitisch-rechte Perspektive: Er analysiert, wie das Massaker vom 7. Oktober 2023 und die darauffolgenden Kriege das rechte Lager selbst durcheinanderwirbelten, wobei der Likud an Unterstützung verliert und Konkurrenten wie Ben-Gvir, Smotrich und der Neuling Ofer Winter um rechte Wählerstimmen ringen, während Netanjahu die Wahl zunehmend als simple Entscheidung für oder gegen ihn selbst darstellt. Während Die Welt also bei einer engen sicherheitspolitisch-wahltaktischen Perspektive bleibt, zeichnet The Guardian ein umfassendes ideologisches Bild einer Gesellschaft, die sich von liberalen Werten abwendet, und die Neue Zürcher Zeitung seziert die Konkurrenzdynamik innerhalb des rechten Lagers selbst.

Quellen: **Die Welt, The Guardian, Neue Zürcher Zeitung**
Quellenangaben (3)

Die Welt, 17.10.2026, S. 7

The Guardian, 17.10.2026, S. 31

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 7

 **Gesellschaft & Kultur** 3 Quellen · 2 Sprachen

Jugend- und Schülerproteste in Europa

Die Berichterstattung über die Jugendproteste reicht von struktureller Analyse bis zu harter Berichterstattung über Polizeigewalt. In einem Meinungsbeitrag für Die Welt argumentieren Martina Meister, Diana Pieper und Sergen Kaya, die Jugendproteste in Frankreich, Spanien und anderswo in Europa seien Ausdruck einer tieferliegenden Krise der "Herrschaft der Alten" - Regierungen, die den Babyboomern entgegenkommen, während junge Menschen mit Schulden,

Wohnungsnot und einem maroden Bildungssystem zurückbleiben, was ihr Vertrauen in die Demokratie untergräbt. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung konzentriert sich dagegen fast ausschließlich auf Frankreich und deckt das Thema aus zwei Blickwinkeln ab: Niklas Záboji berichtet über die erneut aufflammenden Gelbwesten-Proteste, die sich mit Schülerdemonstrationen verbinden, nennt Zehntausende erwartete Demonstranten, gewalttätige Zusammenstöße, Hunderte Verletzte und Vorwürfe, die Regierung instrumentalisieren die Unruhen politisch. In einem von demselben Journalisten geführten Interview verlagert der Ökonom Xavier Jaravel den Fokus auf strukturelle Ursachen und erklärt, die ausgeprägte Bildungsungleichheit sei sowohl für Frankreichs sinkende Produktivität als auch für den Ausbruch der Schülerproteste verantwortlich, weshalb er ein jahrzehntelanges Reformprogramm für das Bildungssystem fordert. The Guardian wählt in einem Bericht von Angelique Chrisafis einen deutlich anderen Zugang und konzentriert sich fast ausschließlich auf die Polizeigewalt gegen jugendliche Demonstranten - Kinder, die durch Explosivwaffen Hände, Augen und Zähne verlieren, Massenverhaftungen sowie Vorwürfe der Demütigung und rassistischer Übergriffe gegen Minderjährige - und beschreibt die Bewegung als die größte Jugendprotestbewegung, die Frankreich seit Jahrzehnten erlebt hat. Während Die Welt die Unruhen als paneuropäischen Generationenkonflikt rahmt und die Frankfurter Allgemeine Zeitung Vor-Ort-Berichterstattung mit einer ökonomischen Erklärung ihrer Ursachen verbindet, rückt The Guardian den menschlichen und bürgerrechtlichen Preis in den Mittelpunkt, den die jungen Demonstranten selbst zahlen.

Quellen: **Die Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, The Guardian**

Quellenangaben (4)

Die Welt, 17.10.2026, S. 7

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 4 — „Gelbwesten mobilisieren erneut landesweite Proteste in...“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 18 — „Interview mit Xavier Jaravel: „Die Ungleichheit...“

The Guardian, 17.10.2026, S. 30

Pressefreiheit in den USA unter Trump im historischen Vergleich

Die drei Beiträge nähern sich dem Thema Pressefreiheit in den USA unter Trump aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln. In seinem Meinungsbeitrag für die Süddeutsche Zeitung ordnet Christoph Slangen Trumps Angriffe auf kritische Medien in eine lange historische Linie ein, vergleicht sie mit früheren Versuchen von Präsidenten, Kritiker mundtot zu machen, etwa durch John Adams' „Sedition Act“, warnt aber, dass selbst dieses alte Gesetz Trumps Behauptung, Kritik an ihm sei „illegal“, nicht stützen würde - und zeigt sich besorgt, dass der konservativ geprägte Supreme Court das pressefreundliche Präjudiz aus dem Fall New York Times gegen Sullivan nun kippen könnte. Die Washington Post behandelt das Thema Pressefreiheit dagegen nicht direkt, sondern berichtet durch Isaac Arnsdorf und Perry Stein, wie eine eigentlich zur Aufklärung angeblichen Wahlbetrugs eingerichtete Arbeitsgruppe des Weißen Hauses stattdessen dazu genutzt wird, Unterlagen gegen jene Beamten zu veröffentlichen, die gegen Trump ermittelt hatten - wobei Rechtsexperten laut dem Bericht betonen, die veröffentlichten Akten zeigten in Wahrheit ein völlig reguläres Ermittlungsverfahren. Die Los Angeles Times wiederum rückt in einem Artikel von Jill Colvin einen konkreten juristischen Streit in den Mittelpunkt: Anwälte der BBC werfen Trump vor, seine Zeugenaussage in der von ihm angestregten Verleumdungsklage über zehn Milliarden Dollar wiederholt zu verzögern, während sein Team weiterhin an den Vorwürfen gegen den Sender festhält. Während der Beitrag der Süddeutschen Zeitung somit den historischen und konzeptionellen Deutungsrahmen liefert, dokumentieren Washington Post und Los Angeles Times jeweils konkrete institutionelle beziehungsweise juristische Episoden, die sich als Ausprägungen desselben übergeordneten Musters lesen lassen.

Quellen: Los Angeles Times, Süddeutsche Zeitung, The Washington Post

Los Angeles Times, 17.10.2026, S. 7

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 44

The Washington Post, 17.10.2026, S. 3

● **Energie & Umwelt**

3 Quellen · 1 Sprache

Deutsch-französischer Kompromiss zum Verbrenner-Aus

Alle fünf Beiträge zu diesem Thema stammen aus deutschsprachigen Zeitungen, setzen beim deutsch-französischen Kompromiss zum Verbrenner-Aus aber unterschiedliche Schwerpunkte. Die Welt berichtet in einem Artikel von Steffen Fründt weitgehend sachlich über die Einigung selbst: Berlin und Paris wollen das für 2035 beschlossene Verbrenner-Aus lockern, sodass neue Benzin- und Dieselfahrzeuge weiterverkauft werden dürfen, sofern flottenweite Emissionsziele erreicht werden, begleitet von Anreizen für die europäische Automobilproduktion. Die Süddeutsche Zeitung deckt das Thema aus drei Blickwinkeln ab: Ein Bericht beschreibt den Deal als technischen Kompromiss - das CO₂-Minderungsziel werde ohne zusätzliche Ausgleichsmaßnahmen von 100 auf 90 Prozent gesenkt, was deutschen Autoherstellern zugutekomme -, warnt aber, dass Deutschland und Frankreich ihre Position erst noch gegen einen abweichenden Vorschlag der EU-Kommission durchsetzen müssen. Ein zweiter Bericht, verfasst von Michael Bauchmüller, Jan Diesteldorf und Alexandra Förderl-Schmid, ergänzt die Dimension strengerer „Made in EU“-Vorgaben für Förderungen und gibt die Kritik der Grünen wieder, die der Bundesregierung vorwerfen, die deutsche Autoindustrie mit veralteten Annahmen auszubremsen statt sie zu stärken. In einem Meinungsbeitrag für die Süddeutsche Zeitung bewertet Alexander Mühlauer den Deal dagegen deutlich positiv und sieht darin den Beweis, dass Deutschland und Frankreich noch immer Kompromisse schließen können, die die europäische Integration stärken und Europas wirtschaftliche Position gegenüber amerikanischen Zöllen und dem Aufstieg Chinas verteidigen. In einem Meinungsbeitrag für die Frankfurter

Allgemeine Zeitung schlägt Hendrik Kafsack dagegen kritischere Töne an: Der Deal sei zwar ein politischer Erfolg für Kanzler Merz, komme aber zu einem hohen Preis, da die „Made in EU“-Regeln für Elektroautos die EU nicht nur gegenüber China, sondern auch gegenüber Handelspartnern wie Japan, Südkorea und Kanada abschotteten und zusätzliche Bürokratie sowie Kosten verursachten.

Quellen: **Die Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung**

Quellenangaben (5)

Die Welt, 17.10.2026, S. 1

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 17

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 1 — „Gegen das Verbrenner-Aus“

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 4 — „Sie können es doch noch /...“

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 8 — „Ein Auto-Deal zwischen Berlin und Paris“

● **Sicherheit & Konflikte** 2 Quellen · 2 Sprachen

Stopp kommerzieller Lieferungen nach Gaza

Beide Zeitungen berichten über denselben Vorfall - den zweitägigen Stopp kommerzieller Lieferungen nach Gaza - und behandeln die Frage der Verantwortung ähnlich zurückhaltend, setzen aber unterschiedliche Schwerpunkte. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung betont die Unklarheit über die Ursache: Während Israel auf einen Konflikt zwischen Händlern und der Hamas wegen Gebühren verweist, spricht der Vorsitzende der Transportgewerkschaft stattdessen von einer von Israel selbst verhängten Beschränkung, und die Zeitung ordnet dies in den größeren Zusammenhang ein, dass Israel sämtliche Importe kontrolliert und Hilfsorganisationen davor warnen, dass die meisten Menschen in Gaza weiterhin auf Hilfslieferungen angewiesen seien. Die Los Angeles Times, in einem von Sam Metz und Bassem Mroue gezeichneten Beitrag, schildert dieselbe widersprüchliche Darstellung - israelische Behörden machen von der Hamas besteuerte und deshalb verärgerte Händler verantwortlich, eine Darstellung, die palästinensische Importeure zurückweisen -, legt den Akzent aber stärker auf die unmittelbaren

humanitären Folgen und die Sorge vor Ernährungsunsicherheit für die rund zwei Millionen Bewohner des Gazastreifens, statt die politische Schuldfrage in den Vordergrund zu rücken.

Quellen: **Frankfurter Allgemeine Zeitung, Los Angeles Times**
Quellenangaben (2)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 6

Los Angeles Times, 17.10.2026, S. 2

Sicherheit & Konflikte

2 Quellen · 2 Sprachen

Eskalation in der Straße von Hormuz

Die Berichterstattung über die Spannungen in der Straße von Hormuz bewegt sich zwischen einer menschlichen Anekdote und einer strategischen Gesamtschau. The Daily Telegraph wählt in einem Beitrag von Akhtar Makoi ein plastisches, fast kurioses Bild - iranische Fischer, die iPhones und anderes Frachtgut aus einem gesunkenen Schiff bergen -, um das Chaos zu illustrieren, das die zunehmenden Angriffe der Revolutionsgarden auf die Schifffahrt im Golf auslösen, und verweist zugleich auf die iranische Position, wonach eine Wiedereröffnung der Meerenge an einen vollständigen Abzug der USA aus der Region geknüpft sei, untermauert durch die Drohung eines Militärsprechers, verbleibende US-Truppen notfalls zu vertreiben. Neue Zürcher Zeitung ordnet dieselbe Eskalation hingegen in einen größeren strategischen Zusammenhang ein: Die Zeitung berichtet, dass angesichts der sich häufenden Angriffe und der Entsendung einer dritten US-Flugzeugträgergruppe eine neue, wahrscheinlich heftigere Kriegsphase bevorsteht, und warnt vor schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen für Europa und die Golfregion - eine geopolitisch-analytische Perspektive, die sich deutlich von der auf ein menschliches Detail fokussierten Erzählweise der britischen Zeitung unterscheidet.

Quellen: **The Daily Telegraph, Neue Zürcher Zeitung**

The Daily Telegraph, 17.10.2026, S. 13

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 2

Sicherheit & Konflikte

2 Quellen · 2 Sprachen

Jemens Appell im Huthi-Konflikt

Die beiden Artikel nähern sich dem Bürgerkrieg im Jemen aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln. Die Welt berichtet über einen diplomatischen Appell: Der jemenitische Außenminister fordert Deutschland und Europa auf, stärkere Unterstützung gegen die vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen zu leisten, etwa durch schärfere Sanktionen, Hilfe für jemenitische Regierungskräfte und ausgeweitete humanitäre Unterstützung - und argumentiert, die Zurückdrängung der Huthis liege angesichts ihrer Einbindung in ein breiteres, die internationale Sicherheit bedrohendes Netzwerk auch im ureigenen Interesse Europas. USA Today hingegen liefert eine faktenbasierte Reportage von der Front: Die Zeitung schildert die Belagerung der drittgrößten Stadt des Jemen, Taiz, durch Huthi-Kräfte, mit Fokus auf die humanitäre Notlage, massenhafte Vertreibung und das Leid der eingeschlossenen Zivilbevölkerung, und ordnet die Belagerung als neue Front innerhalb des weiteren regionalen Konflikts ein, der durch US-amerikanische und israelische Angriffe auf Iran ausgelöst wurde. Während Die Welt also einen politischen Aufruf zu internationalem Handeln in den Vordergrund stellt, zeigt USA Today die menschliche und militärische Realität des Krieges selbst.

Quellen: **Die Welt, USA Today**

Quellenangaben (2)

Die Welt, 17.10.2026, S. 8

USA Today, 17.10.2026, S. 4

Trump stoppt Live-Übertragung einer Hinrichtung

Beide Zeitungen berichten darüber, dass Trump den Plan von Verteidigungsminister Hegseth gestoppt hat, die Hinrichtung von Nidal Hasan live zu übertragen - doch die Schwerpunkte unterscheiden sich deutlich. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung konzentriert sich auf den juristischen und historischen Hintergrund des Falls Hasan sowie auf die parteiübergreifende und internationale Kritik an dem Vorhaben und zitiert Trumps Begründung, ein "im Fernsehen übertragenes öffentliches Hinrichtungsspektakel" widerspreche "den Werten, für die diese Nation steht". In seinem Beitrag für USA Today rückt Phil Stewart hingegen weniger die Hinrichtung selbst in den Mittelpunkt als vielmehr die politischen Folgen für Hegseth: Er deutet den Vorgang als weiteren Rückschlag für den ohnehin angeschlagenen Rückhalt des Verteidigungsministers bei den Republikanern, eingebettet in den Kontext des andauernden Kriegs gegen den Iran, Streitigkeiten über den Truppenabzug aus Europa und nicht autorisierte Militäraktionen gegen den Iran. Stewart zitiert zudem die scharfe Einschätzung, das Livestreamen einer Hinrichtung sei "unamerikanisch und gefährlich... die Art von Sache, die man bei Regimen wie dem Iran und den Taliban in Afghanistan sieht", und macht den Vorfall damit zum Symptom einer tieferen Führungskrise im Pentagon - eine politische Dimension, die der deutsche Bericht weitgehend ausblendet.

Quellen: **Frankfurter Allgemeine Zeitung, USA Today**

Quellenangaben (2)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 6

USA Today, 17.10.2026, S. 3

Verfehlte globale Biodiversitätsziele

Beide Zeitungen berichten, dass die Welt die 2022 in Montreal vereinbarten Biodiversitätsziele deutlich verfehlt, setzen dabei jedoch unterschiedliche Schwerpunkte. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung stellt die institutionelle Warnung von UN-Generalsekretär António Guterres in den Mittelpunkt und zitiert ihn direkt mit den Worten, es gebe Fortschritte, aber nicht genug - eine diplomatische Rahmung, die vor der UN-Biodiversitätskonferenz in Jerewan zu konkretem Handeln statt weiterer Versprechen aufruft und den Fokus auf koordiniertes internationales Vorgehen legt. The Guardian wählt dagegen einen kritischeren, politisch zugespitzteren Blickwinkel und verknüpft das Scheitern mit konkreten Mittelkürzungen - insbesondere dem Rückzug der USA unter Trump und britischen Kürzungen bei der Entwicklungshilfe - und zitiert Kritiker, die fordern, reiche Staaten wie Großbritannien sollten erst "zu Hause liefern", bevor sie anderen Ländern Standards auferlegen. Während die deutsche Berichterstattung einen allgemeinen globalen Appell zur Verantwortung formuliert, richtet The Guardian den Vorwurf gezielter gegen die Politik einzelner Regierungen.

Quellen: **Frankfurter Allgemeine Zeitung, The Guardian**
Quellenangaben (2)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 18

The Guardian, 17.10.2026, S. 27

● **Handel & Wirtschaft**

2 Quellen · 2 Sprachen

Globaler Vormarsch chinesischer Autohersteller

Beide Quellen beschäftigen sich mit dem weltweiten Vormarsch chinesischer Autohersteller, aber aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Der von mehreren Autoren verfasste Beitrag in der Frankfurter Allgemeine Zeitung liefert einen breiten geopolitischen Überblick: Er verfolgt Unternehmen wie BYD, Geely und SAIC und rückt dabei den Handelskonflikt zwischen China, der Europäischen Union und den

USA in den Vordergrund, einschließlich Zöllen, Importbeschränkungen und der jüngst vereinbarten Einigung zwischen Peking und Brüssel, wonach China seine Hybridauto-Exporte in die EU halbiert. Demgegenüber richtet Chester Dawson in seinem Meinungsbeitrag in der Los Angeles Times den Blick auf die ökonomischen Grundlagen: Gestützt auf einen Branchenbericht argumentiert er, dass chinesische Autokonzerne einen strukturellen Kosten- und Softwarevorteil besitzen, der sich kaum nachahmen lasse, und deutet die Exportwelle sowie den Aufbau von Fabriken im Ausland als tiefgreifenderen und schwerer umkehrbaren industriellen Umbruch als frühere Branchenschocks. Während die deutsche Zeitung das Thema also als Handelspolitik-Ringen zwischen Großmächten rahmt, deutet der amerikanische Meinungsbeitrag es als fundamentale Verschiebung des Wettbewerbsvorteils innerhalb der Branche.

Quellen: **Frankfurter Allgemeine Zeitung, Los Angeles Times**
Quellenangaben (2)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 19

Los Angeles Times, 17.10.2026, S. 12

● **Gesellschaft & Kultur** 2 Quellen · 2 Sprachen

Gelbwesten- und Schülerproteste in Frankreich

Die Berichterstattung über die Unruhen in Frankreich bewegt sich zwischen Ereignisbericht und struktureller Analyse. In der Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet Niklas Záboji über eine erneute landesweite Welle von Gelbwesten-Protesten, die mit Schülerdemonstrationen zusammenfällt, und nennt Zehntausende erwartete Teilnehmer, gewaltsame Zusammenstöße, Hunderte Verletzte sowie eine Regierung, die Mühe hat, die Unruhen einzudämmen, während ihr politische Instrumentalisierung vorgeworfen wird - eine Einordnung, die sich auf Ausmaß, Logistik und Sicherheitsaspekte konzentriert. The Guardian rückt in einem Beitrag von Angelique Chrisafis dagegen die menschlichen Folgen für Minderjährige

in den Vordergrund: Sie dokumentiert "kriegsähnliche" Verletzungen bei Schülern durch Sprengwaffen der Polizei, darunter verlorene Hände, Augen und Zähne, sowie Massenverhaftungen und Vorwürfe von Demütigung und rassistischem Missbrauch, und zitiert Anwälte und Menschenrechtsgruppen, die das Ausmaß der Polizeigewalt gegen Minderjährige als beispiellos bezeichnen. In einem weiteren Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung wechselt Zábóji die Perspektive und interviewt den Ökonomen Xavier Jaravel, der argumentiert, dass Bildungsungleichheit die Schülerproteste erkläre, und ein jahrzehntelanges Reformprogramm für das französische Schulsystem fordert. Während die deutsche Zeitung somit zwischen ereignisgetriebener Berichterstattung und struktureller Analyse pendelt, konzentriert sich The Guardian auf Zeugenaussagen und Kritik an der Polizeigewalt.

Quellen: **Frankfurter Allgemeine Zeitung, The Guardian**
Quellenangaben (3)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 4 — „Gelbwesten mobilisieren erneut landesweite Proteste in...“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 18 — „Interview mit Xavier Jaravel: „Die Ungleichheit...“
The Guardian, 17.10.2026, S. 30

 **Innenpolitik** 2 Quellen · 1 Sprache

Kontroverse um Powells Ehefrau und Palestine Action

Der Daily Telegraph bestimmt die Berichterstattung mit zwei Artikeln, die als eine einheitliche Stimme der Zeitung zu werten sind, und rahmt die Affäre als ernste sicherheitspolitische Affäre: Sarah Helm, Ehefrau von Jonathan Powell, Großbritanniens oberstem nationalem Sicherheitsberater und zentraler Figur in der Israel-Diplomatie, habe öffentlich die verbotene Gruppe Palestine Action unterstützt. Der Folgeartikel, gezeichnet von Cameron Henderson, verschärft den Ton, indem er die Forderung der Campaign Against Antisemitism zitiert, Powell solle die Äußerungen seiner Frau verurteilen, und darauf hinweist, dass die Polizei die Beiträge prüfe - mit Nachdruck auf das beunruhigende Signal an britische

Juden. The Guardian hingegen - in einem Beitrag von Robyn Vinter, Rachel Hall und Emine Sinmaz - verortet die Kontroverse in einer breiteren Debatte über Meinungsfreiheit versus das Verbot von Palestine Action, verknüpft Helms Äußerungen mit der Entfernung der Bücher der Schriftstellerin Sally Rooney aus dem britischen Verkauf wegen ihrer Unterstützung der Gruppe, und rückt Kritik von Autoren und Bürgerrechtsgruppen in den Vordergrund, wonach die Regierung Protest mit Terrorismus gleichsetze - inklusive der pointierten Frage, wie die Regierung das Verbot kommenden Monat vor dem Supreme Court verteidigen wolle.

Quellen: **The Daily Telegraph, The Guardian**
Quellenangaben (3)

The Daily Telegraph, 17.10.2026, S. 1 — „Powell's wife 'backs Palestine Action'“

The Daily Telegraph, 17.10.2026, S. 4 — „Police probe Palestine post by Powell's...“

The Guardian, 17.10.2026, S. 7

Sicherheit & Konflikte

2 Quellen · 1 Sprache

Siedlergewalt gegen Palästinenser im Westjordanland

Alle vier Artikel schildern dasselbe Ereignis - einen koordinierten Angriff Dutzender maskierter israelischer Siedler auf palästinensische Olivenbauern und die Washington-Post-Fotografin Heidi Levine -, setzen aber unterschiedliche Schwerpunkte. Die Berichterstattung der Washington Post, bestehend aus einem Nachrichtenbericht und einem Meinungsbeitrag, tritt dabei als eine institutionelle Stimme auf: Der Hauptbericht von Suheir Hashimeh und Steve Hendrix ordnet den Angriff in ein Muster eskalierender Siedlergewalt im besetzten Westjordanland ein und hält fest, dass anwesende israelische Soldaten nichts unternahmen, um die Siedler zu stoppen, während widersprüchliche Darstellungen von Behörden und Augenzeugen gegenübergestellt werden. Der unsignierte Leitartikel weitet den Blick anschließend aus und nutzt den Angriff auf die eigene Fotografin, um grundsätzlicher auf die weltweiten Gefahren für Journalisten in Konfliktgebieten

hinzuweisen, womit der konkrete Vorfall zu einem Statement zur Pressefreiheit wird. The Daily Telegraph rückt in einem von Henry Bodkin gezeichneten Beitrag dagegen das persönliche Schicksal des verletzten Fotografen in den Mittelpunkt, zitiert ihn direkt mit seiner Angst und den erlittenen Verletzungen und verweist auf die Forderung der Washington Post nach einer Untersuchung, bleibt dabei aber auf größere Distanz zu der politischen Einordnung, die The Washington Post in den Vordergrund stellt.

Quellen: **The Daily Telegraph, The Washington Post**

Quellenangaben (4)

The Daily Telegraph, 17.10.2026, S. 12

The Washington Post, 17.10.2026, S. 1 — „Israeli settlers attack Palestinian villagers during...“

The Washington Post, 17.10.2026, S. 13 — „Group of Israeli settlers attack Palestinians,...“

The Washington Post, 17.10.2026, S. 16 — „An attack on Post photographer“



Handel & Wirtschaft

2 Quellen · 1 Sprache

Brexit und die neue Debatte über die Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU

Die erneuten Rufe - vor allem von Andy Burnham - nach einer Annäherung Großbritanniens an die EU werden von The Guardian und The Daily Telegraph grundverschieden gegerahmt. The Guardian stützt sich auf wirtschaftliche Belege: Lisa O'Carroll dokumentiert einen Rückgang der britischen Lebensmittel- und Getränkeexporte in die EU um mehr als ein Drittel seit dem Brexit, wobei schottischer Lachs besonders stark betroffen sei, während Richard Partington berichtet, dass die British Chambers of Commerce die Regierung drängt, den wirtschaftlichen Schaden des Brexit zu beheben und sogar einen EU-Beitritt in Erwägung zu ziehen. Esther Addley geht analytischer vor und fragt, ob die wachsende öffentliche Unterstützung für einen Wiedereintritt einen dauerhaften politischen Wandel oder ein riskantes Manöver für Labour darstellt. In einem von The Guardian übernommenen Meinungsbeitrag argumentiert Ethan Croft vom New

Statesman, der Premierminister selbst halte den Brexit für ein Desaster und ermutige Abgeordnete, engere Beziehungen zur EU zu verfolgen, während Rafa de Miguel von El País, ebenfalls in The Guardian veröffentlicht, schildert, wie Burnham über Starmers rote Linien hinausgeht, wie europäische Staats- und Regierungschefs dies begrüßten, während Brüssel zurückhaltend blieb, und wie Umfragen zeigen, dass die Öffentlichkeit engere Beziehungen ohne volle Mitgliedschaft bevorzugt. The Daily Telegraph widerspricht entschieden: In ihrem Meinungsbeitrag greift Camilla Tominey Labour-Politiker wie Emily Thornberry und Burnham an, weil sie das Ergebnis des Referendums von 2016 missachten und einen undemokratischen Wiedereintritt vorantreiben würden, der ihrer Ansicht nach der britischen Wirtschaft schaden würde. In einem weiteren, ebenfalls über The Guardian verbreiteten Beitrag verurteilt Allister Heath von The Daily Telegraph Burnhams Andeutung, russische Einflussnahme habe das Brexit-Votum beeinflusst, als "unverzeihlichen Skandal" und betont, der britische Inlandsgeheimdienst MI5 habe keinen solchen russischen Erfolg festgestellt, weshalb das Referendumsergebnis demokratisch legitim sei. Insgesamt rahmt The Guardian den Brexit als wirtschaftlichen Fehler, der korrigiert werden müsse, und gibt mehreren EU-freundlichen Stimmen Raum, während The Daily Telegraph jede Bewegung in Richtung Wiedereintritt als Verrat an Demokratie und nationaler Souveränität darstellt.

Quellen: **The Daily Telegraph, The Guardian**

Quellenangaben (8)

The Daily Telegraph, 17.10.2026, S. 17 — „Emily Thornberry and the arrogant Rejoiners...“

The Daily Telegraph, 17.10.2026, S. 19 — „Three-party system: Labour and Tories claw...“

The Guardian, 17.10.2026, S. 10 — „Food and drink exports to the...“

The Guardian, 17.10.2026, S. 11 — „Brexit damage repair is top priority...“

The Guardian, 17.10.2026, S. 12 — „Mention the B-word: Brexit is back...“

The Guardian, 17.10.2026, S. 41 — „Issue of the week: Andy Burnham's...“

The Guardian, 17.10.2026, S. 41 — „Issue of the week: Andy Burnham's...“

The Guardian, 17.10.2026, S. 41 — „Issue of the week: Andy Burnham's...“

Streit um EU-Haushalt und Ukraine-Hilfen

Die Berichterstattung zum EU-Haushaltsstreit und den Ukraine-Hilfen zerfällt vor allem in zwei Perspektiven: die politische Dramatik bei Die Welt und die strukturelle Prioritätenkritik der Frankfurter Allgemeine Zeitung. In einem Beitrag schildern Christoph B. Schiltz und Stefan Beutelsbacher einen erbitterten Streit zwischen Frankreich und Deutschland über den mehrjährigen Finanzrahmen, begleitet von wachsender Sorge, dass Europa die Ukraine schon bald allein unterstützen müsse, da die Verlässlichkeit der USA schwinde. Ein zweiter Bericht von Die Welt dokumentiert den eigentlichen EU-Gipfel, auf dem Merz, von der Leyen, Costa, Meloni und Salvini über die Finanzierung der ukrainischen Verteidigung aneinandergerieten; hervorgehoben wird dabei Melonis Verteidigung der fortgesetzten Hilfe als Voraussetzung für Frieden - "So, wie ich es sehe, ist die Unterstützung für die Ukraine keine Alternative zum Frieden. Diese Unterstützung macht den Frieden vielmehr erst möglich" - gegen populistische Kritik von Salvini. Beide Artikel rahmen das Thema somit als transatlantische Solidaritätskrise, angetrieben von nachlassender amerikanischer Verlässlichkeit und tiefen Gräben zwischen den europäischen Spitzenpolitikern. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung nähert sich dem Haushaltsstreit dagegen aus einer anderen Richtung: Unter Berufung auf einen Kommentar des Straubinger Tagblatts kritisiert sie den Entwurf der irischen Ratspräsidentschaft als rückwärtsgewandt, weil ausgerechnet bei Wettbewerbsfähigkeit, Außenpolitik und Grenzschutz gespart werden solle, während traditionelle Fördertöpfe verschont blieben - "Es scheint, als wollen manche EU-Vertreter lieber die Ausgaben von gestern auf Kosten der Aufgaben von morgen schützen." Während Die Welt also die geopolitische Dringlichkeit und den Führungskonflikt um die Ukraine-Finanzierung in den Vordergrund stellt, rückt die Frankfurter Allgemeine Zeitung die langfristige Prioritätensetzung im Haushalt als das eigentliche strukturelle Problem in den Fokus.

Quellen: Die Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung

Die Welt, 17.10.2026, S. 2 — „Europas Solidarität gerät an ihre Grenzen“

Die Welt, 17.10.2026, S. 3 — „EU-Gipfel: Streit über Ukraine-Hilfen und Haushalt“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 2



Koalitionsstreit über Linke-Nähe und Haltung zu Israel

Die Berichterstattung zu diesem Thema stammt ganz überwiegend aus Die Welt, ergänzt um eine einzelne Stimme aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung - wobei Die Welt selbst ein breites Spektrum von institutioneller Berichterstattung bis zu pointierten Meinungsbeiträgen abdeckt. Institutionell berichtet Die Welt über die Warnungen von CDU-Generalsekretärin Franziska Hoppermann, sowohl auf Bundesebene als auch mit Blick auf Berlin, dass jede Zusammenarbeit mit der Linken die Grundwerte untergrabe und die Fähigkeit der Koalition belaste, gemeinsam des Holocaust zu gedenken, da manche Linke-Politiker das Existenzrecht Israels infrage stellten. In einem Meinungsbeitrag für Die Welt verschärft Robin Alexander diese Linie zu einer existenziellen Warnung: Eine Berliner Linke-Politikerin und ihre Verbündeten leugneten faktisch das Existenzrecht Israels, und SPD und Grüne liebäugelten mit einem "gefährlichen Kompromiss", der Deutschlands historische Staatsräson gegenüber der Sicherheit Israels verraten würde. In einem weiteren Meinungsbeitrag für Die Welt weitet Jan Gerber den Blick historisch und argumentiert, der Antizionismus innerhalb der Linken sei kein Einzelproblem, sondern ein strukturelles Merkmal mit Wurzeln im SED-Antizionismus und in der linksterroristischen Kooperation der 1960er und 1970er Jahre, das heute als integratives "Bindemittel" zwischen den unterschiedlichen Parteiflügeln wirke. Demgegenüber nimmt Hannah Bethke in einem eigenen Meinungsbeitrag für Die Welt eine skeptischere Haltung gegenüber der SPD selbst ein: Die koalitionsinternen Angriffe im Zuge des Rücktritts von Bärbel Bas seien unbegründet und lenkten von der tieferen Identitätskrise der Partei ab - eine Perspektive, die sich vom unmittelbaren Fokus auf Israel und Antisemitismus

etwas entfernt. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung steuert zwei Blickwinkel bei: In einem namentlich gezeichneten Beitrag beschreibt Mona Jaeger das SPD-Dilemma als echten strategischen Konflikt, da eine verlockende linke Koalitionsoption an der außen- und sicherheitspolitischen Haltung der Linken scheitere, etwa der Ablehnung der NATO und dem Vorwurf, Israel begehe Völkermord, während ein unsigniert erschienener Kommentar in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung eine Linke-Politikerin scharf dafür kritisiert, ihre Aufnahme in eine Fraktion als "Geländegewinn gegen die Staatsräson" zu feiern, und darin eine gefährliche Relativierung von Antisemitismus und NS-Verbrechen sieht. Insgesamt betont Die Welt vor allem die moralisch-historische Gefahr einer Zusammenarbeit mit der Linken, während die Frankfurter Allgemeine Zeitung kühlere strategische Analyse mit pointierter moralischer Verurteilung verbindet.

Quellen: **Die Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung**

Quellenangaben (7)

Die Welt, 17.10.2026, S. 1 — „Hoppermann: Berlin warnt SPD vor Linksbündnis“

Die Welt, 17.10.2026, S. 4 — „Genossen gegen Zion“

Die Welt, 17.10.2026, S. 5 — „Eine Partei sucht ihren Sinn“

Die Welt, 17.10.2026, S. 14 — „Angriff auf die Staatsräson“

Die Welt, 17.10.2026, S. 14 — „Das wäre eine schwere Belastung“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 4 — „Das SPD-Dilemma mit der Linken“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 8 — „Ein Geländegewinn“



Handel & Wirtschaft

2 Quellen · 1 Sprache

Deutsches Wachstumscomeback und geopolitische Risiken

Beide Zeitungen berichten über denselben Anlass - die Auftritte von Finanzminister Klingbeil und Bundesbankpräsident Nagel auf der IWF-Tagung -, setzen dabei aber unterschiedliche Schwerpunkte. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung erzählt die Geschichte vor allem als wirtschaftliches "Comeback" Deutschlands, das durch die IWF-Prognosen bestätigt werde, und hebt Klingbeils deutliche Worte zu Russland

hervor - mit dem wörtlichen Zitat, Moskau führe weiterhin "einen brutalen, völkerrechtswidrigen Krieg" - sowie seine Forderung, dass künftige Gespräche über die Ukraine nicht an Ukrainern und Europäern vorbeigehen dürften. Claus Hulverscheidt weitet den Blick in seinem Beitrag für die Süddeutsche Zeitung dagegen über den Ukraine-Krieg hinaus aus: Er zeichnet das neue deutsche Selbstbewusstsein als von einer tieferen Sorge begleitet, dass sich alte internationale Bindungen auflösen - eine unüberhörbare, wenn auch namentlich nicht genannte Anspielung auf die USA - und leitet daraus die Forderung ab, andere Allianzen zu stärken. Während die Frankfurter Allgemeine Zeitung den Fokus auf die direkte Konfrontation mit Russland legt, verortet der Meinungsbeitrag in der Süddeutschen Zeitung die Wachstumsgeschichte in einem umfassenderen Narrativ des brüchig werdenden transatlantischen Bündnisses.

Quellen: **Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung**
Quellenangaben (2)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 18

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 24



Handel & Wirtschaft

2 Quellen · 1 Sprache

Unicredit-Übernahme der Commerzbank

Beide deutschsprachigen Zeitungen berichten über die Genehmigung der Europäischen Zentralbank, die es Unicredit erlaubt, seinen Anteil an der Commerzbank unbegrenzt auszubauen, setzen dabei aber unterschiedliche Schwerpunkte. In seinem Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung konzentriert sich Hanno Mußler auf die konkreten verbleibenden Schritte bis zur vollständigen Kontrolle bis Jahresende und betont die Reibung mit der deutschen Bundesregierung um Sitze im Aufsichtsrat - er rahmt die Geschichte also als Frage institutioneller Machtkämpfe innerhalb Deutschlands. Demgegenüber beschreibt Cornelius Welp in seinem Artikel für die Neue Zürcher Zeitung die Genehmigung als Abschluss eines "ungewöhnlich langen und harten Übernahmekampfs", der sich

über zwei Jahre hinzog, und legt dabei mehr Gewicht auf die strategischen Überlegungen von Unicredit-Chef Orcel, die geplanten Stellenstreichungen sowie die weiterreichenden Folgen für den Finanzplatz Frankfurt. Während die deutsche Zeitung die Geschichte also als Frage deutscher institutioneller Souveränität rahmt, wählt die Schweizer Zeitung eine breitere strategisch-wirtschaftliche Perspektive auf die Zukunft des europäischen Bankwesens.

Quellen: **Frankfurter Allgemeine Zeitung, Neue Zürcher Zeitung**
Quellenangaben (2)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 25

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 24

Handel & Wirtschaft

2 Quellen · 1 Sprache

Streit um die eingefrorenen russischen Vermögenswerte

Die beiden deutschsprachigen Quellen behandeln das Thema der eingefrorenen russischen Vermögenswerte aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln. In einem Meinungsbeitrag in der Frankfurter Allgemeine Zeitung konzentriert sich Klemens H. Fischer auf die völkerrechtliche und wirtschaftliche Substanz der Frage: Eine Enteignung der russischen Zentralbankgelder wäre seiner Ansicht nach völkerrechtswidrig, würde rechtliche und wirtschaftliche Vergeltung provozieren und das Vertrauen in Europa als Finanzplatz beschädigen - er plädiert daher dafür, stattdessen auf militärische Unterstützung und Diplomatie zu setzen. Im Gegensatz dazu behandelt Hubert Wetzel in seinem Meinungsbeitrag in der Süddeutschen Zeitung den Kreditplan auf Basis der eingefrorenen Vermögenswerte eher als Beispiel innerhalb einer breiteren Bewertung von Kanzler Merz' Stellung in Europa: Er lobt Merz' klare Linie bei der Unterstützung der Ukraine und in der Verteidigungspolitik, kritisiert aber, dass dessen im Alleingang vorangetriebene Initiative zu diesem Thema ihm in Brüssel geschadet habe. Während Fischer also die rechtlichen und finanziellen Risiken der Maßnahme selbst in den Vordergrund

stellt, bewertet Wetzel vor allem die politische Klugheit und diplomatische Umsetzung des Vorstoßes.

Quellen: **Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung**

Quellenangaben (2)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 28

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 9

Diplomatie & internationale Beziehungen

2 Quellen · 1 Sprache

Trumps Diesel-Deal mit Putin und US-russische Energiebeziehungen

Beide Zeitungen greifen denselben Vorgang auf - eine US-Vereinbarung, die russlandnahe Diesel-Importe erleichtert, um die heimischen Spritpreise zu senken -, setzen dabei aber unterschiedliche Akzente. Die Neue Zürcher Zeitung rückt die geoökonomische Dimension in den Vordergrund und argumentiert, hinter dem konkreten Deal stehe eine breitere amerikanische Strategie, die Energiegeschäfte mit Russland wiederzubeleben, wodurch Europa eine neue Abhängigkeit von russlandnahen Energielieferungen drohe - der Fokus liegt also auf dem Risiko für Europa. In ihrem Meinungsbeitrag in Die Welt ordnet Hannah Bethke denselben Deal dagegen in eine grundsätzlichere Kritik an Trumps Außenpolitik ein: Sie argumentiert, Trump verstehe Bündnisse offenbar als einseitige Konstrukte, die nur den Vereinigten Staaten - beziehungsweise ihm selbst - nützten. Für Bethke ist der Diesel-Deal mit Putin nicht nur eine energiepolitische Frage, sondern ein Verstoß gegen US-Sanktionsrecht und ein Vertrauensbruch gegenüber Verbündeten wie der Ukraine und Saudi-Arabien, der das Vertrauen in amerikanische Zusagen insgesamt untergrabe. Während die Schweizer Zeitung also die strategisch-wirtschaftlichen Folgen für Europa betont, stellt Bethkes Beitrag in Die Welt die moralisch-politische Dimension von Untreue gegenüber Verbündeten und den Verlust amerikanischer Glaubwürdigkeit in den Mittelpunkt.

Quellen: **Die Welt, Neue Zürcher Zeitung**
Quellenangaben (2)

Die Welt, 17.10.2026, S. 2

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 12



Innenpolitik

2 Quellen · 1 Sprache

Ermittlungen gegen Ilhan Omar wegen Einwanderungsbetrugs

Beide Zeitungen berichten über denselben Vorfall - die Beschlagnahmung des Telefons der Kongressabgeordneten Ilhan Omar und Vorladungen gegen ihre Verwandten im Rahmen einer Ermittlung wegen Einwanderungsbetrugs -, setzen dabei aber unterschiedliche Akzente. The Guardian stellt Omars eigene politische Deutung in den Mittelpunkt und zitiert ihren Vorwurf, die Trump-Regierung wolle "politische Gegner ins Visier nehmen und die Strafverfolgung als Waffe einsetzen"; die Razzia wird zudem mit weiteren Berichten verknüpft, wonach Trump erwogen habe, ihr die Staatsbürgerschaft abzuerkennen und sie auszuweisen - ein Rahmen, der die Ermittlung als Teil eines breiteren Musters der Verfolgung politischer Gegner erscheinen lässt. Die Los Angeles Times liefert in einem Beitrag von Alanna Durkin Richer eine ausgewogenere, nachrichtlichere Darstellung: Der Artikel verweist auf das politisch heikle Timing wenige Wochen vor den Zwischenwahlen und zitiert sowohl Omar und Demokraten, die von politischer Einschüchterung sprechen, als auch Vertreter des Justizministeriums, die betonen, dass jede festgestellte Straftat unabhängig von der beteiligten Person verfolgt werde. Während The Guardian die Geschichte also weitgehend aus Omars Perspektive erzählt, präsentiert die Los Angeles Times die widerstreitenden Darstellungen beider Seiten.

Quellen: **The Guardian, Los Angeles Times**

The Guardian, 17.10.2026, S. 40

Los Angeles Times, 17.10.2026, S. 7

Energie & Umwelt

2 Quellen · 1 Sprache

US-Energiepolitik und Ölförderdruck: Kalifornien und Nordsee

Obwohl beide Artikel unter demselben übergeordneten Thema des Drucks zur Ausweitung der Ölförderung stehen, behandeln sie völlig unterschiedliche Länder und Blickwinkel. In seinem Meinungsbeitrag für die Los Angeles Times argumentiert Sammy Roth, Trump könnte versuchen, Kalifornien - und insbesondere Gouverneur Newsom - mithilfe des Defense Production Act zu einer höheren Ölförderung zu zwingen, wobei nationale Sicherheit nur als Vorwand diene. In Wirklichkeit gehe es darum, Kalifornien zum Sündenbock für hohe Benzinpreise zu machen, die teils auf Trumps eigene außenpolitische Entscheidungen zurückgingen, etwa den Konflikt mit dem Iran und die Aufhebung der Sanktionen gegen russischen Diesel. Im Gegensatz dazu berichtet Fiona Harvey in ihrem Artikel für The Guardian über eine Studie der Denkfabrik E3G, wonach die Dämmung von Wohnhäusern und der Einsatz von Wärmepumpen stärker zur Senkung der Lebenshaltungskosten, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Wirtschaftswachstum in Großbritannien beitragen als neue Bohrungen in der Nordsee. Sie kritisiert die britische Regierung dafür, Steuererleichterungen für die Ölindustrie gegenüber Investitionen in die Gebäudedämmung zu bevorzugen. Während der Meinungsbeitrag der Los Angeles Times den Bohrdruck als zynisches politisches Manöver zur Schuldabwälzung darstellt, zeichnet die Berichterstattung von The Guardian ihn als wirtschaftlich fragwürdige, ideologisch motivierte Entscheidung.

Quellen: The Guardian, Los Angeles Times

Quellenangaben (2)

The Guardian, 17.10.2026, S. 11

Sicherheit & Konflikte

1 Quelle · 1 Sprache

Russische Angriffe auf Schifffahrt im Schwarzen Meer

Zu diesem Thema liegt ausschließlich ein Beitrag von The Daily Telegraph vor. In ihrem Artikel beschreibt Emily Smith die Drohnenangriffe auf Frachtschiffe in rumänischen und bulgarischen Gewässern als gezielte russische Strategie, um die Entschlossenheit der Nato zu testen und die westliche Unterstützung für die Ukraine zu untergraben, während man knapp unterhalb der Schwelle bleibt, die eine offizielle militärische Reaktion auslösen würde. Da keine weitere Quelle über dieses Ereignis berichtet, lässt sich kein Vergleich unterschiedlicher Sichtweisen oder Schwerpunkte vornehmen.

Quellen: **The Daily Telegraph**
Quellenangaben (1)

The Daily Telegraph, 17.10.2026, S. 12

Diplomatie & internationale Beziehungen

1 Quelle · 1 Sprache

Ungarn und die Ukraine: Durchbruch in den Beziehungen

Zu diesem Thema liegt nur ein Beitrag der Neue Zürcher Zeitung vor, verfasst von Meret Baumann, sodass sich kein Vergleich zwischen mehreren Quellen ziehen lässt. Der Artikel schildert das erste persönliche Treffen zwischen dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten und dem ukrainischen Präsidenten Selenski als echte Annäherung nach Jahren der Spannungen unter Orban. Im Mittelpunkt steht der konkrete Fortschritt: die Änderung des ukrainischen Bildungsgesetzes, die Schulen mit Unterricht in einer EU-Amtssprache einen Sonderstatus einräumt, sowie Ungarns erneuerte Unterstützung für die Eröffnung von EU-Beitrittskapiteln der Ukraine. Beides wird als Zeichen dafür gewertet, dass der langjährige Streit um

die Minderheitenrechte der ethnischen Ungarn in Transkarpatien einer Lösung näherkommt.

Quellen: **Neue Zürcher Zeitung**

Quellenangaben (1)

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 3

Gesellschaft & Kultur

1 Quelle · 1 Sprache

Verbannung von Sally Rooneys Büchern in Großbritannien

Zu diesem Thema liegt nur eine Quelle vor. In seinem Beitrag in der Frankfurter Allgemeine Zeitung deutet Andreas Platthaus den Vertriebsstopp von Sally Rooneys Büchern durch den Verlag Faber - nachdem die Autorin Tantiemen an die inzwischen verbotene Organisation Palestine Action gespendet hatte - nicht als schlichten staatlichen Zensurakt, sondern als mutmaßlich abgesprochenes Manöver zwischen Verlag und Autorin, das die Bedrohung der Meinungsfreiheit in Großbritannien besonders drastisch vor Augen führen soll. Statt den Bann als neutrale Nachricht wiederzugeben, liefert Platthaus damit eine pointiert skeptische Deutung der Hintergründe und ordnet den Vorgang in die anhaltende juristische Auseinandersetzung um die Terrorismus-Einstufung von Palestine Action ein.

Quellen: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**

Quellenangaben (1)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 9

Gesellschaft & Kultur

1 Quelle · 1 Sprache

Dokumentarfilm NAZA über das Vorgehen der israelischen Armee in Gaza

Alle drei Beiträge zu diesem Thema stammen aus The Guardian und beleuchten das Thema aus einander ergänzenden statt konkurrierenden Blickwinkeln. Der erste, von Sammy Gecsoyler gezeichnete Artikel konzentriert sich auf die Reaktion der israelischen Regierung auf den Film und zitiert Regisseur Jonathan Glazer mit der Aussage, die Vergeltung gegen die Macher und die in NAZA interviewten Personen - darunter Vorwürfe des Verrats, Pläne zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft und Morddrohungen - sei weit rachsüchtiger ausgefallen als erwartet; zugleich betont der Artikel die breite internationale Anerkennung, die der Film als vernichtende Anklage erhalten hat. Peter Bradshaws Rezension befasst sich dagegen mit dem Inhalt des Films selbst und lobt ihn als "erschreckend" für seine angebliche Offenlegung israelischer Geheimdienst- und Militärpraktiken, darunter KI-gestützte Zielauswahl und eine hohe Toleranz gegenüber zivilen Opfern, äußert dabei aber auch gewisse Vorbehalte gegenüber der Verwendung anonymer Zeugenaussagen. Der dritte, unsignierte Artikel ordnet den von Yuval Abraham und Rachel Szor gedrehten Dokumentarfilm in eine breitere Welle dokumentarischer und dramatischer Werke zu dem ein, was er als "andauernden Völkermord" in Gaza bezeichnet, und beschreibt, wie der Film Interviews mit Angehörigen des israelischen militärischen Nachrichtendienstes zu gezielten Luftangriffen auf zivile Gebiete zusammenstellt. Während sich die ersten beiden Beiträge auf den Film und Israels Reaktion darauf konzentrieren, verortet der dritte ihn somit in einem weiteren kulturpolitischen Kontext.

Quellen: **The Guardian**

Quellenangaben (3)

The Guardian, 17.10.2026, S. 2 — „Israel's retaliation over NAZA documentary on...“

The Guardian, 17.10.2026, S. 43 — „NAZA in Gaza“

The Guardian, 17.10.2026, S. 96 — „Naza (documentary on Gaza airstrikes)“

Netanjahus Führungsstil und fehlende Selbstkritik nach dem 7. Oktober

Zu diesem Thema liegt nur eine einzige Quelle vor. In seinem Meinungsbeitrag in Die Welt stellt Jacques Schuster Golda Meirs Bereitschaft zu schmerzhafter Selbstbefragung und ihre Akzeptanz einer unabhängigen Untersuchung nach dem Jom-Kippur-Krieg von 1973 der Weigerung Netanjahus gegenüber, nach dem 7. Oktober 2023 irgendwelche Fehler einzugestehen oder sich einer unabhängigen Untersuchungskommission zu unterwerfen. Schuster argumentiert, dass genau dieser beständige Selbstzweifel historisch die Stärke Israels ausgemacht habe und dass es der heutigen Führung unter Netanjahu an eben dieser Eigenschaft mangle - ein pointiert kritisches persönliches Urteil, das zu diesem Thema von keiner anderen Quelle bestätigt oder relativiert wird.

Quellen: **Die Welt**

Quellenangaben (1)

Die Welt, 17.10.2026, S. 13

Rätselhafte Drohnen über britischem Luftraum

Dieses Thema wird ausschließlich von The Daily Telegraph behandelt, in einem investigativen Bericht von Gareth Corfield und Rozina Sabur über zwei Begegnungen von RAF-Kampffjets mit unidentifizierten Drohnen in der Nähe von Militärübungen. Der Beitrag bettet die Vorfälle in die wachsende Sorge ein, dass feindliche Mächte Drohnen zur Spionage gegen den Westen einsetzen könnten, verweist zugleich aber auf die Vorsicht des britischen Verteidigungsministeriums, das betont, es gebe keine Beweise für eine Verbindung der Sichtungen zu einem bestimmten feindlichen Staat - eine Mischung, die die Alarmstimmung mit institutioneller Zurückhaltung abfedert.

Quellen: **The Daily Telegraph**
Quellenangaben (1)

The Daily Telegraph, 17.10.2026, S. 1

● **Sicherheit & Konflikte** 1 Quelle · 1 Sprache

Britische Militärbereitschaft und geforderte Opfer

Dieses Thema wird nur von einer einzigen Quelle behandelt, The Daily Telegraph. In einem Beitrag von Nick Gutteridge wird der Chef der britischen Streitkräfte zitiert, der davor warnt, dass sich Großbritannien auf die Möglichkeit eines Krieges vorbereiten müsse und die politische Führung mit den Bürgern ein offenes Gespräch über notwendige Opfer - möglicherweise auch Einschnitte beim Sozialstaat - führen müsse, um angesichts der Bedrohungen durch Russland, Iran und China die Verteidigungsausgaben zu finanzieren. Da keine weitere Zeitung über dieses Thema berichtet, lässt sich kein Vergleich zu einer abweichenden Sichtweise ziehen; der Beitrag gibt lediglich die Warnung der Militärführung wieder, wie sie vom Autor eingeordnet wird.

Quellen: **The Daily Telegraph**
Quellenangaben (1)

The Daily Telegraph, 17.10.2026, S. 8

● **Sicherheit & Konflikte** 1 Quelle · 1 Sprache

Russisches Sabotage-Netzwerk und Abschiebung in Großbritannien

Dieses Thema wird ausschließlich von The Daily Telegraph behandelt, in einem unsignierten Nachrichtenbericht über die Abschiebung eines rumänischen Staatsbürgers, der wegen eines Brandanschlagsplans auf Immobilien im

Zusammenhang mit Keir Starmer verurteilt wurde. Der Bericht rahmt den Vorfall vor allem als Frage der britischen Strafverfolgung und inneren Sicherheit und erwähnt, dass der Anschlag Teil eines größeren Komplotts war, an dem auch ein ukrainischer Komplize sowie eine anonyme Figur beteiligt gewesen sein sollen, die laut Bericht mit einem russischen Sabotage-Netzwerk in Verbindung steht. Da keine andere Zeitung über den Fall berichtet, lässt sich kein Vergleich mit einer gegensätzlichen Sichtweise ziehen, doch auffällig ist, dass The Daily Telegraph die mutmaßliche russische Verbindung als zentrales Element hervorhebt und damit einen auf den ersten Blick lokalen Kriminalfall in eine breitere geopolitische Erzählung über vermutete russische Sabotageaktivitäten auf britischem Boden einordnet.

Quellen: **The Daily Telegraph**

Quellenangaben (1)

The Daily Telegraph, 17.10.2026, S. 2



Gesellschaft & Kultur

1 Quelle · 1 Sprache

Kopftuchverbot in Aserbaidshan und Spannungen mit dem Iran

Dieses Thema wird ausschließlich von The Daily Telegraph behandelt, in einem Beitrag von Akhtar Makoi. Makoi beschreibt, wie die säkulare Regierung Aserbaidshans das Tragen von Kopftüchern an Schulen verboten hat, was landesweite Proteste, Festnahmen und einen diplomatischen Bruch mit dem Iran und der Türkei ausgelöst habe. Er betont, dass Beobachter den Schritt weniger als religiöse Frage denn als Reaktion auf die Furcht vor iranischem ideologischem Einfluss auf die mehrheitlich muslimische Bevölkerung Aserbaidshans deuten. Da keine weitere Zeitung über das Ereignis berichtet, lässt sich kein Vergleich unterschiedlicher Sichtweisen ziehen.

Quellen: **The Daily Telegraph**

The Daily Telegraph, 17.10.2026, S. 13

Innenpolitik

1 Quelle · 1 Sprache

Debatte über Devolution im Vereinigten Königreich

Zu diesem Thema liegt ausschließlich ein Beitrag von The Daily Telegraph vor, der Andy Burnhams Forderung nach einer Ausweitung der Devolution auf Schottland deutlich kritisiert. Die Zeitung argumentiert, ein solcher Schritt würde in Schottland lediglich das englische Modell regionaler Devolution wiederholen, das aus ihrer Sicht gescheitert sei: Es habe mehr Verwaltung und Bürokratie gebracht, ohne echte Entscheidungsmacht auf die lokale Ebene zu übertragen. The Daily Telegraph verweist darauf, dass die bereits bestehende devolierte Regierung Schottlands das Leben der Wählerinnen und Wähler nicht verbessert habe, und wertet dies als Beleg dafür, dass eine weitere Dezentralisierung nach diesem Muster bloße Illusion statt echter Reform wäre. Da keine weitere Quelle zu diesem Thema vorliegt, gibt es keine gegensätzliche Einordnung zum Vergleich - nur diese eine, deutlich skeptische Position zum Devolutionsvorhaben.

Quellen: **The Daily Telegraph**

Quellenangaben (1)

The Daily Telegraph, 17.10.2026, S. 15

Technologie & Medien

1 Quelle · 1 Sprache

Gescheiterte Übernahme des Telegraph durch die Vereinigten Arabischen Emirate

Dieses Thema wird ausschließlich von The Daily Telegraph selbst behandelt, und zwar in einem institutionellen Bericht zweier Autoren und nicht als Meinungsbeitrag. Der Artikel schildert, wie die britische Medienaufsicht Ofcom zu

dem Schluss kam, dass das von den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützte Gebot von RedBird IMI dem Golfstaat sowohl "die Fähigkeit als auch den Anreiz" gegeben hätte, auf The Telegraph Einfluss zu nehmen und die Genauigkeit der Berichterstattung sowie die Meinungsfreiheit zu untergraben. Da keine weitere Zeitung über dieses Thema berichtet, gibt es keinen Vergleich unterschiedlicher Perspektiven - bemerkenswert ist jedoch, dass die Darstellung ausgerechnet von jener Zeitung stammt, um deren Eigentümerschaft es ging: The Daily Telegraph berichtet hier über eine Kontroverse, in der er selbst die betroffene Partei ist, und verknüpft den Fall zugleich mit der breiteren Debatte über das Verhalten der Vereinigten Arabischen Emirate, etwa der Kritik an ihrem Engagement bei Manchester City.

Quellen: **The Daily Telegraph**
Quellenangaben (1)

The Daily Telegraph, 17.10.2026, S. 29

Handel & Wirtschaft

1 Quelle · 1 Sprache

Schwindende Luftverkehrsanbindung Deutschlands

Beide Beiträge stammen von Die Welt und behandeln denselben Trend aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Der erste Artikel stützt sich auf eine exklusive Analyse und stellt harte Zahlen in den Vordergrund - seit 2019 seien mehr als 35 Millionen Flugsitzplätze und 300.000 Flüge verloren gegangen - und gibt die Forderung von Wirtschaftsverbänden wieder, die Luftverkehrssteuern und -gebühren zu halbieren, um die internationale Anbindung wiederherzustellen. In seinem Meinungsbeitrag für Die Welt weitet Steffen Fründt die Perspektive aus: Er argumentiert, Deutschland verliere Hunderte internationale Flugverbindungen zu wichtigen Wirtschaftsmetropolen, die durch Urlaubsziele ersetzt würden, und warnt, dass dadurch die wirtschaftliche Substanz des Landes gefährdet sei, da Geschäftsreisende, Touristen und Messebesucher abgeschreckt würden; einen Teil

der Streichungen bei China-Verbindungen führt er zudem auf russische Luftraumsperrungen infolge des Krieges zurück. Während der erste Artikel also vor allem eine datengestützte, verbandsnahe Argumentation für eine konkrete steuerpolitische Forderung liefert, ordnet Fründt dieselbe Entwicklung in einen größeren wirtschaftlichen und geopolitischen Zusammenhang ein.

Quellen: **Die Welt**

Quellenangaben (2)

Die Welt, 17.10.2026, S. 1 — „Airlines streichen Millionen Sitzplätze in Deutschland“

Die Welt, 17.10.2026, S. 18 — „Wir sind dann mal weg“

Diplomatie & internationale Beziehungen

1 Quelle · 1 Sprache

Trump und die schwindende transatlantische Bündnistreue

Alle vier Beiträge zu diesem Thema stammen aus Die Welt, beleuchten die gemeinsame These jedoch aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Ein unsignedes Stück formuliert die Grundthese direkt: Trump verprelle seine Verbündeten, mit möglicherweise fatalen Folgen für die transatlantischen Beziehungen. In einem Meinungsbeitrag für Die Welt widmet sich Hannah Bethke der moralisch-rechtlichen Dimension und argumentiert, Trump verstehe Bündnisse offenbar als einseitige Konstrukte, die nur den Vereinigten Staaten - beziehungsweise ihm selbst - nützen; als Beleg führt sie ein Dieseldeal mit Putin an, der gegen US-Sanktionsrecht verstößt und das Vertrauen von Partnern wie Saudi-Arabien untergräbt. In einem weiteren Meinungsbeitrag weitet Herfried Münkler den Blick auf die globale Geopolitik und sieht in Trumps unberechenbarem, transaktionalem Agieren bereits ein "geopolitisches Desaster", das die Glaubwürdigkeit der USA als Bündnispartner im Nahen Osten, in Europa und in Ostasien gleichermaßen beschädigt habe - möglicherweise Teil eines bewussten Versuchs, die USA vom globalen Hegemon zu einer auf die westliche Hemisphäre fokussierten Macht zu verkleinern, was vor allem China und Russland zugutekäme. Schließlich erdet Casper van der Veen die Debatte in einem eigenen Meinungsbeitrag anhand eines konkreten Fallbeispiels,

Südkorea: Reduzierte gemeinsame Militärübungen, Zölle und der Druck, Truppen an die Straße von Hormus zu entsenden, höhnten das Vertrauen Seouls in das Bündnis aus, stärkten die Unterstützung für eigene Atomwaffen und beförderten die Suche nach alternativen Sicherheitsoptionen. Während alle vier Texte in der Diagnose übereinstimmen, dass Trumps transaktionaler Ansatz die Bündnisglaubwürdigkeit der USA untergräbt, unterscheiden sie sich im Zuschnitt - von einer allgemeinen Warnung über eine rechtlich-moralische Kritik anhand Russlands und Saudi-Arabiens bis hin zu einer globalgeopolitischen Theorie und einem konkreten regionalen Fallbeispiel in Ostasien.

Quellen: **Die Welt**

Quellenangaben (4)

Die Welt, 17.10.2026, S. 1 — „Der große Ausverkauf: Trump verprellt seine...“

Die Welt, 17.10.2026, S. 2 — „Der Preis der Treulosigkeit“

Die Welt, 17.10.2026, S. 3 — „Trumps Agieren hat schon jetzt zu...“

Die Welt, 17.10.2026, S. 8 — „Seoul verliert Vertrauen“

 **Innenpolitik** 1 Quelle · 1 Sprache

Reform der deutschen Geheimdienste und ihrer Kontrolle

Zu diesem Thema liegt nur eine Quelle vor. Die Welt berichtet institutionell über eine weitreichende Reform der deutschen Geheimdienste, die dem BND und dem Verfassungsschutz erweiterte Befugnisse zur aktiven Abwehr feindlicher Angriffe einräumt und zugleich ein gestärktes, unabhängigeres Kontrollgremium, den sogenannten UK-Rat, schafft. Der Artikel stellt die Reform als Reaktion auf eine sich verschärfende Sicherheitslage dar und zitiert Warnungen von Geheimdienstchefs vor russischen Bedrohungen sowie einen Spionagefall um einen ehemaligen BND-Präsidenten. Da keine weitere Zeitung über dieses Thema berichtet, lässt sich kein Vergleich zwischen unterschiedlichen Quellen ziehen.

Quellen: **Die Welt**

Technologie & Medien

1 Quelle · 1 Sprache

Künstliche Intelligenz auf dem Schlachtfeld und Nato-Aufholjagd

Zu diesem Thema liegt lediglich ein Beitrag von Die Welt vor, verfasst von Benedikt Fuest und Jan Klauth. Die beiden Autoren schildern aus einer technologisch-militärischen Perspektive, wie ukrainische KI-Systeme wie "Delta" und "Avengers" der Ukraine im Gefecht gegen Russland einen entscheidenden Vorteil verschaffen - und wie die Ukraine damit nach ihrer Darstellung sogar der Nato selbst voraus ist. Dies, so der Beitrag, setze westliche Rüstungsunternehmen und Institutionen wie das Nato-Zentrum JATEC, Anduril, Helsing und die Bundeswehr unter Zugzwang, vergleichbare vernetzte Gefechtssysteme möglichst rasch zu entwickeln und einzuführen. Da kein weiteres Medium das Thema aufgreift, ergibt sich kein Vergleich zwischen unterschiedlichen Quellen - es bleibt bei dieser einen, sicherheitspolitisch geprägten deutschen Perspektive auf das KI-Wettrüsten im Zuge des Ukraine-Kriegs.

Quellen: **Die Welt**

Quellenangaben (1)

Die Welt, 17.10.2026, S. 20

Technologie & Medien

1 Quelle · 1 Sprache

KI-Sicherheit und die Philosophie der Superintelligenz

Zu diesem Thema liegt nur ein einziger Beitrag vor: ein Meinungsbeitrag in Die Welt von Jan Küveler. Er deutet die zunehmend dramatische Rhetorik und die Sicherheitskrisen rund um führende KI-Modelle von OpenAI und Anthropic als eine

quasi-religiöse Debatte, die zwischen Heilsbringer- und Apokalypse-Erzählungen schwankt, und argumentiert, dass die Frage, ob eine künftige Superintelligenz wohlwollend sein wird, letztlich von einer alten philosophischen Frage abhängt: ob das Gute aus Wissen und Intelligenz folgt. Da keine weitere Zeitung dieses Thema aus einem anderen Blickwinkel aufgreift, lässt sich kein Vergleich zwischen mehreren Quellen ziehen - Küvelers Essay bleibt die einzige vertretene Perspektive.

Quellen: **Die Welt**

Quellenangaben (1)

Die Welt, 17.10.2026, S. 39

● Migration & Gesellschaft

1 Quelle · 1 Sprache

Renaud Camus und die "Große Austausch"-Theorie

Dieses Thema wird nur von einer einzigen Quelle behandelt: Die Welt veröffentlicht ein Interview, das die Journalistin Martina Meister mit Renaud Camus geführt hat, dem Urheber der "Großer Austausch"-Theorie. Der Beitrag räumt Camus breiten Raum ein, seine Positionen in eigenen Worten darzulegen: Er beharrt darauf, dass die von ihm vorgeschlagene "Remigration" vollkommen gewaltfrei sei und lediglich einen freiwilligen Rückkauf der Staatsangehörigkeit gegen eine Einmalzahlung oder lebenslange Rente bedeute, und er versucht ausdrücklich, sich sowohl vom Attentat in Christchurch als auch von der AfD zu distanzieren, der er eine pro-russische Haltung vorwirft. Da kein anderes Blatt dieses Thema aufgreift, lässt sich kein Vergleich zwischen mehreren Quellen ziehen; doch schon die Form des Interviews - das Camus mit der Frage nach der Verbindung seiner Ideen zu realer Gewalt konfrontiert, ihm zugleich aber ausführlich Gehör schenkt - spiegelt die redaktionelle Entscheidung wider, sich der umstrittenen Figur direkt zu stellen, statt ihre Thesen nur aus der Distanz wiederzugeben.

Quellen: **Die Welt**

Technologie & Medien

1 Quelle · 1 Sprache

Forschungssicherheit gegen chinesische Spionage

Beide Beiträge stammen aus der Frankfurter Allgemeine Zeitung und behandeln dieselbe staatliche Initiative - den Aufbau einer nationalen Plattform für Forschungssicherheit -, setzen dabei aber unterschiedliche Akzente. Der unsigned Artikel liefert einen sachlichen Bericht, der den Start der Plattform direkt mit einem Spionagevorfall am Helmholtz-Zentrum CISPA unter Beteiligung chinesischer Partner verknüpft und eine offizielle Warnung zitiert, wonach man angesichts des wachsenden Interesses rivalisierender Staaten an deutscher Forschung "nicht naiv sein" dürfe. Im Gegensatz dazu vertritt der Autor in seinem Meinungsbeitrag in der Frankfurter Allgemeine Zeitung eine deutungsöffnere, normative Position: Deutschland solle anders als die USA offen für wissenschaftliche Kooperation mit China bleiben, müsse aber gleichzeitig Schutzmechanismen gegen Spionage etablieren, ohne die Wissenschaftsfreiheit einzuschränken. Er fügt den eigenen praktischen Vorbehalt hinzu, dass man bei besonders sicherheitskritischen Themen wie Drohnenbau und Drohnenabwehr besser ganz auf riskante Kooperationen verzichten solle. Während der Nachrichtenbericht die Maßnahme also als Reaktion auf einen konkreten Vorfall einordnet, deutet der Meinungsbeitrag sie als grundsätzliche Abwägung zwischen wissenschaftlicher Offenheit und sicherheitspolitischer Vorsicht.

Quellen: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**

Quellenangaben (2)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 1 — „Sicherheit, nicht Abschottung (Forschungssicherheit gegenüber China)“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 1 — „Bund will Forschung vor Spionage schützen“

Spanisch-italienische Grenzkontrollen nach Ceuta-Krise

Die Berichterstattung zu diesem Thema stammt ausschließlich von der Frankfurter Allgemeine Zeitung, die mit zwei aufeinanderfolgenden Artikeln de facto eine einzige journalistische Stimme zu demselben Vorgang bildet. Der frühere Beitrag meldet sachlich, dass Spanien und Italien die nach dem Migranten-Ansturm auf Ceuta eingeführten gegenseitigen Grenzkontrollen innerhalb von sieben Tagen beenden wollen, und erinnert daran, dass Rom nach dem Ansturm am 1. August die Schengen-Regeln vorübergehend ausgesetzt hatte und seitdem Passagiere aus Drittstaaten bei der Ankunft kontrolliert. Der spätere Artikel geht einen Schritt weiter und stellt die Beilegung als Ergebnis von Verhandlungen dar, wobei betont wird, dass sich Italien an den Zeitplan Spaniens anpasse, da die entsprechenden spanischen Maßnahmen noch länger in Kraft bleiben sollen. Zudem ordnet dieser zweite Beitrag das Geschehen in einen breiteren Kontext innenpolitischer Spannungen in Spanien ein, der im ersten Artikel noch keine Rolle spielt. Während der erste Bericht also schlicht die Einigung als Fakt festhält, rückt der zweite die diplomatische Dynamik und die Asymmetrie zwischen den Positionen beider Länder in den Vordergrund.

Quellen: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**

Quellenangaben (2)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 1 — „Rom und Madrid wollen Grenzkontrollen beenden“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 6 — „Italien und Spanien legen Konflikt um...“

Deutsche Pressestimmen zum US-Rückzug aus der Ukraine-Unterstützung

Beide Beiträge stammen aus der internationalen Presseschau der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und stellen zwei gegensätzliche europäische Reaktionen auf

den amerikanischen Rückzug aus der Ukraine-Unterstützung nebeneinander. Der erste, der die Volksstimme zitiert, schlägt einen empörten, moralisierenden Ton an und wirft der Trump-Regierung "schnöden Verrat" vor: Die Forderung nach Selenskyjs Ablösung und das Ende der Militärhilfe werden als Auslieferung der Ukraine an Putin "auf dem Silbertablett" gedeutet, wobei Europa als letzter verbleibender Anker für Kiew erscheint. Der zweite Beitrag, der sich auf La Repubblica stützt, schlägt einen deutlich nüchterneren, pragmatischeren Ton an: Statt moralischer Verurteilung rät er Selenskyj angesichts von Trumps Attacken und des europäischen Wunsches nach mehr Dialog zu einer realpolitischen, dialogorientierten Haltung gegenüber Washington. Während die Frankfurter Allgemeine Zeitung selbst hier lediglich als Bühne für beide Stimmen fungiert, zeigt die Gegenüberstellung einen Graben zwischen einem Plädoyer für vorsichtigen Realismus und einer schärferen, moralisch aufgeladenen Verurteilung Washingtons als untreuem Partner.

Quellen: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**

Quellenangaben (2)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 2 — „Schnöder Verrat (Volksstimme zur Abkehr Amerikas...“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 2 — „Unzuverlässige Positionen (La Repubblica zu Selenskyj...“



Sicherheit & Konflikte

1 Quelle · 1 Sprache

Kongo-Konflikt: Kabila als Rebellenführer an der Seite der M23

Zu diesem Thema liegt nur eine einzige Quelle vor. In ihrem Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung schildert Claudia Bröll, wie der frühere kongolesische Präsident Joseph Kabila zum Anführer einer Rebellenkoalition an der Seite der M23 geworden ist. Sie ordnet die Entwicklung in den geopolitischen Bogen ein, der bis in die Zeit des Genozids in Ruanda in den neunziger Jahren

zurückreicht, verweist auf Vorwürfe einer Unterstützung durch Ruanda und zeigt sich skeptisch hinsichtlich der Aussichten auf Friedensverhandlungen, nicht zuletzt wegen des absehbaren Kampfes starker Egos innerhalb der neuen Bewegung. Da keine weitere Zeitung über das Thema berichtet, lässt sich kein Vergleich unterschiedlicher Perspektiven ziehen.

Quellen: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**

Quellenangaben (1)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 6

 Gesellschaft & Kultur

1 Quelle · 1 Sprache

Adam Michniks 80. Geburtstag und das Erbe der polnischen Dissidenz

Dieses Thema wird nur von einer einzigen Quelle behandelt, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, weshalb hier kein Vergleich zwischen verschiedenen Blickwinkeln möglich ist. In einem namentlich gezeichneten Beitrag von Stefan Locke wird Adam Michniks achtzigster Geburtstag zum Anlass einer Würdigung: Michnik wird als lebenslanger Dissident porträtiert, der sich fast immer in der Minderheit gegen die kommunistische Macht in Polen behauptete. Der Beitrag hebt besonders seine bis heute gültige Mahnung hervor, dass Presse und Gesellschaft sich niemals allein deshalb auf die Seite der Macht stellen dürften, weil sie Macht ist - und verbindet damit historische Ehrung mit einer aktuellen politischen Warnung, ohne eine abweichende oder kritische Perspektive einzubeziehen.

Quellen: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**

Quellenangaben (1)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 11

Streit um EU-Wohnungspolitik und deutschen Föderalismus

Dieses Thema wird nur von Die Welt aufgegriffen, es gibt also keinen direkten Vergleich zwischen mehreren Quellen, sondern eine einzelne, pointiert formulierte Position. In seinem Meinungsbeitrag für Die Welt schildert Michael Fabricius den Widerstand der deutschen Bundesländer gegen das geplante EU-"Affordable Housing Act", wonach die Zuständigkeit für Wohnungspolitik bei Ländern und Kommunen liegen müsse und nicht in Brüssel. Besonders betont wird dabei der Widerstand gegen einheitliche EU-Vorgaben für Kurzzeitvermietungen, die nach dieser Darstellung mit bestehenden deutschen Regelungen kollidieren würden - der Streit wird so als grundsätzlicher Konflikt um die Kompetenzverteilung zwischen Brüssel und der deutschen föderalen Ebene gerahmt.

Quellen: **Die Welt**

Quellenangaben (1)

Die Welt, 17.10.2026, S. 19

Kampf gegen Antisemitismus und deutsch-israelische Beziehungen

Beide Artikel stammen aus der Frankfurter Allgemeine Zeitung, nähern sich dem Kampf gegen Antisemitismus jedoch aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln. Der unsignierte Bericht, der die institutionelle Position der Zeitung widerspiegelt, schildert ein neues Kooperationsabkommen zwischen den deutschen Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturministerien und Yad Vashem, das die Holocaust-Erinnerung stärken, Geschichtsfälschung entgegenwirken und antisemitische Inhalte im Netz bekämpfen soll - dargestellt als staatliches Bekenntnis zu "Fakten, Aufklärung und klarer Haltung". In seinem Meinungsbeitrag in der Frankfurter Allgemeine Zeitung wählt Thomas Thiel einen persönlicheren, politischeren

Zugang: Er porträtiert den deutschen Politiker Volker Beck als entschiedenen Kämpfer für jüdisches Leben in Deutschland, der wegen seines Engagements von den iranischen Revolutionsgarden mit Attentatsplänen bedroht wurde. Thiel betont, die eigentliche Gefahr gehe nicht von vereinzelt Tätern, sondern von gezieltem Staatsterrorismus aus Teheran aus, dessen Terrornetz weit nach Europa reiche. Während der institutionelle Beitrag den Kampf gegen Antisemitismus als gemeinsame deutsch-israelische Bildungsaufgabe im Gedenken an die Geschichte rahmt, verschiebt Thiels Kommentar den Fokus auf eine akute, konkrete Sicherheitsbedrohung für jüdische Aktivisten und Israel-Unterstützer in Deutschland selbst.

Quellen: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**

Quellenangaben (2)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 4 — „Stärkere Kooperation mit Yad Vashem gegen...“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 8 — „Kämpfer für Minderheiten“

Handel & Wirtschaft

1 Quelle · 1 Sprache

Streit um den Hamburger Elbtower

Zu diesem Thema liegt ausschließlich ein Beitrag der Frankfurter Allgemeine Zeitung vor. In ihrem Kommentar argumentiert Susanne Preuß, die Elbtower-Affäre zeige, wie selbst vorsichtige Politiker von betrügerischen Projektentwicklern getäuscht werden konnten - sie schreibt, das Vertrauen sei "brutal zerstört" worden und selbst eine vermeintliche Garantie über 250 Millionen Euro habe sich als wertlos erwiesen. Daraus leitet sie die Forderung nach einer transparenten, pragmatischen Einigung zwischen der Stadt Hamburg und den Investoren ab, um das ins Stocken geratene Bauprojekt aus der Sackgasse zu führen. Da keine weitere Zeitung über das Thema berichtet, gibt es keine gegenläufige Einordnung zu vergleichen - der Beitrag selbst verbindet jedoch scharfe Kritik am Versagen der Kontrollmechanismen mit einem pragmatischen Appell zur Lösung.

Quellen: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**
Quellenangaben (1)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 24

● **Handel & Wirtschaft** 1 Quelle · 1 Sprache

Südkoreas Schiffbauindustrie profitiert von LNG-Nachfrage

Dieses Thema wird ausschließlich von der Frankfurter Allgemeine Zeitung behandelt, in einem Beitrag von Tim Kanning. Er stellt die Rekordgewinne von HD Hyundai Heavy Industries in einen klaren geopolitisch-wirtschaftlichen Zusammenhang: Die boomende weltweite Nachfrage nach LNG-Tankern wird direkt mit den Spannungen und Angriffen auf Schiffe im Nahen Osten verknüpft, die viele Reeder zu längeren Routen zwingen und so den Bedarf an Schiffstonnage erhöhen. Zugleich verweist Kanning auf die wachsende Konkurrenz aus China als künftige Herausforderung für die südkoreanische Werftindustrie. Da kein weiteres Medium über dieses Thema berichtet, gibt es keinen Vergleichspunkt oder konkurrierende Sichtweise - es handelt sich um eine singuläre, sachliche Darstellung, die geopolitische Krisen mit industrieller Profitabilität verbindet.

Quellen: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**
Quellenangaben (1)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 21

● **Handel & Wirtschaft** 1 Quelle · 1 Sprache

Indonesiens Wirtschafts- und Vertrauenskrise

Zu diesem Thema liegt nur eine einzige Quelle vor. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet, dass der Indexanbieter MSCI den Status Indonesiens als Schwellenland überprüft, und deutet dies als deutlichen Warnschuss angesichts

wachsenden Misstrauens der Investoren gegenüber den teuren populistischen Ausgabenprogrammen von Präsident Prabowo, Vorwürfen von Vetternwirtschaft in der Zentralbank sowie der Verstaatlichung wichtiger Industriezweige. Der Artikel zieht ausdrücklich eine Parallele zur Asienkrise von 1998 und stellt die Gefahr erneuter Kapitalflucht und einer Währungsabwertung als ernste Bedrohung dar, ohne dass eine andere Zeitung eine ergänzende oder gegensätzliche Sichtweise beisteuert.

Quellen: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**

Quellenangaben (1)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 26



Diplomatie & internationale Beziehungen

1 Quelle · 1 Sprache

Nachfolgekoker um den EZB-Vorsitz

Dieses Thema wird ausschließlich von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung behandelt, und zwar in einem Meinungsbeitrag, der die Bundesregierung und insbesondere Bundeskanzler Merz scharf dafür kritisiert, im Ringen um die Nachfolge an der EZB-Spitze planlos und ohne erkennbare Strategie zu agieren. Der Autor stellt dem die spanische und die französische Regierung gegenüber, die ihre jeweiligen nationalen Interessen seiner Darstellung nach klar artikulieren und diplomatisch geschickt verfolgen, und fordert, Deutschland solle zumindest den Posten des EZB-Chefvolkswirts für sich beanspruchen. Da keine andere Zeitung das Thema aufgreift, lässt sich hier kein Vergleich unterschiedlicher Blickwinkel ziehen - es steht allein diese pointierte Kritik an der als untätig wahrgenommenen deutschen Haltung im Raum.

Quellen: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**

Quellenangaben (1)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 27

Rücktritt von Trumps Pressesprecherin nach fünf Tagen

Dieses Thema wird ausschliesslich von der Neue Zürcher Zeitung aufgegriffen. In ihrem Beitrag dokumentiert Isabelle Jacobi, wie Katie Zacharia bereits nach fünf Tagen als Pressesprecherin von Trump entlassen wurde, nachdem sie sich fälschlich als Anwältin ausgegeben hatte und bei öffentlichen Auftritten unvorbereitet wirkte. Die Autorin stellt diesen Fehltritt als den entscheidenden Moment dar, der Zacharia den Rückhalt ihres Chefs kostete, und deutet den Vorfall eher als rasches persönliches Scheitern denn als Teil einer grösseren politischen Geschichte. Da keine weitere Quelle über das Ereignis berichtet, lässt sich keine vergleichende Einordnung zu unterschiedlichen Sichtweisen vornehmen.

Quellen: **Neue Zürcher Zeitung**

Quellenangaben (1)

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 5

El Salvadors Massenentlassung von Gefangenen und Bukeles Sicherheitsmodell

Zu diesem Thema liegt nur eine einzige Quelle vor. In einem Beitrag für die Neue Zürcher Zeitung schildert Thomas Milz, wie Präsident Bukele nach Jahren harter Inhaftierungspolitik und angesichts von Vorwürfen massenhafter Fehlurteile nun die Freilassung von bis zu 40 000 Gefangenen plant. Der Beitrag stellt diesen Schritt als mögliche Wende in Bukeles Sicherheitsmodell dar und weist zugleich darauf hin, dass dieses Modell bereits in Ecuador, Argentinien, Peru, Kolumbien und Brasilien kopiert wird, wobei Stimmen zitiert werden, die in der salvadorianischen Erfahrung den Beweis sehen, dass organisiertes Verbrechen mit harter Hand bekämpft werden kann.

Quellen: **Neue Zürcher Zeitung**
Quellenangaben (1)

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 5

Innenpolitik 1 Quelle · 1 Sprache

Porträt: Minister Schweitzer als Schlüsselfigur der Koalition

Zu diesem Thema liegt nur eine einzige Quelle vor. In einem Meinungsbeitrag für die Neue Zürcher Zeitung porträtiert Jonas Hermann den deutschen Arbeits- und Sozialminister Alexander Schweitzer und stellt ihn als Schlüsselfigur der Koalition dar, von dessen Erfolg bei der Sozialreform das Überleben der Regierung aus CDU/CSU und SPD abhängen könnte. Hermanns Zugang stützt sich auf die wachsenden Zweifel unter Politikern und Bürgern am Sinn mancher Sozialleistungen und leitet daraus ab, dass sich das Schicksal der Koalition gerade an diesem Ministerium entscheiden könnte. Da kein anderes Blatt über dieses Thema berichtet, gibt es keine konkurrierende Einordnung oder abweichende Gewichtung, mit der sich dieser Blickwinkel vergleichen liesse.

Quellen: **Neue Zürcher Zeitung**
Quellenangaben (1)

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 6

Sicherheit & Konflikte 1 Quelle · 1 Sprache

Chinesische und russische Spionage gegen die Schweiz

Dieses Thema wird ausschließlich von der Neue Zürcher Zeitung behandelt, ein Vergleich zwischen mehreren Quellen ist daher nicht möglich. In einem von der Zeitung veröffentlichten Interview argumentiert der Historiker Adrian Hänni, dass die chinesische und russische Spionage gegen die Schweiz zugenommen und sich

professionalisiert habe, während die schweizerische Spionageabwehr schwach und unterausgestattet bleibe. Er stellt klar, dass das eigentliche Problem nicht in der diskreten Vorgehensweise der Schweiz liege, sondern darin, dass insgesamt zu wenig unternommen werde, und plädiert für den Ausbau von Analyse- und Frühwarnfähigkeiten statt für aggressive verdeckte Operationen im Ausland.

Quellen: **Neue Zürcher Zeitung**

Quellenangaben (1)

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 9

Diplomatie & internationale Beziehungen

1 Quelle · 1 Sprache

Europas Rechtsaußen gegen Ukraine-Hilfe

Beide Beiträge zu diesem Thema stammen aus der Neuen Zürcher Zeitung, setzen aber unterschiedliche Schwerpunkte bei der Frage, wie der europäische Rechtsaußen die Ukraine-Hilfe infrage stellt. In seinem Beitrag für die Neue Zürcher Zeitung ordnet Antonio Fumagalli das Thema breiter ein: Er stellt Selenskis Appell an die EU um weitere 70 Milliarden Euro den Warnungen gegenüber, wonach im Falle eines Zusammenbruchs der Ukraine Millionen Flüchtlinge nach Westeuropa strömen könnten, und kontrastiert dies mit der gemeinsamen Position von Marine Le Pen und Alice Weidel, Europa könne sich einen aus ihrer Sicht bereits verlorenen Krieg nicht mehr leisten. Für die Ukraine, so Fumagalli, wäre es ein Albtraum, sollten in Frankreich und Deutschland Parteien an die Macht kommen, die ihr den Geldhahn zudrehen wollen. Daniel Steinvorth hingegen konzentriert sich in einem eigenen Beitrag für die Neue Zürcher Zeitung gezielt auf Le Pen und Frankreich und bezieht eine kritischere Position: Er argumentiert, ihr Plan, die französische Unterstützung zu beenden, sei widersprüchlich und eigennützig, verweist auf ihre langjährigen Verbindungen zu Putin und warnt, ein Fallenlassen der Ukraine würde Frankreichs beanspruchte Führungsrolle in der europäischen Verteidigung untergraben und zugleich Moskaus Interessen dienen. Während Fumagalli die

rechte Bedrohung also in ein gesamteuropäisches Bild einbettet, seziert Steinvorth gezielt die Motive und Widersprüche hinter Le Pens eigener Haltung.

Quellen: **Neue Zürcher Zeitung**

Quellenangaben (2)

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 3 — „Le Pen und Weidel wollen die...“

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 22 — „Marine Le Pen will die Ukraine...“

Gesellschaft & Kultur

1 Quelle · 1 Sprache

Schulschüssen in Oregon

Zu diesem Thema liegt lediglich ein Beitrag der Neue Zürcher Zeitung vor, der über einen 16-jährigen Täter berichtet, der an einer Grundschule in Bend, Oregon, drei Kinder und eine Lehrkraft erschoss, bevor er von einem Passanten getötet wurde. Der Artikel verbindet die konkreten Ereignisdetails und die Reaktion der Gouverneurin, die betont, kein Elternteil und keine Gemeinde sollte einen solchen Tag erleben müssen, mit umfassenderen Statistiken zur Waffengewalt in den Vereinigten Staaten und ordnet die Tat damit in ein wiederkehrendes nationales Muster ein, statt sie als Einzelfall darzustellen.

Quellen: **Neue Zürcher Zeitung**

Quellenangaben (1)

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 20

Gesellschaft & Kultur

1 Quelle · 1 Sprache

Umstrittene UZH-Partnerschaft mit Birzeit

Zu diesem Thema liegt nur eine einzige Quelle vor. In seinem Meinungsbeitrag für die Neue Zürcher Zeitung hinterfragt Zeno Geisseler kritisch die fortgesetzte akademische Partnerschaft der Universität Zürich mit der Universität Birzeit,

obwohl deren Verbindungen zur Hamas dokumentiert sind und dort Terroristen als "Märtyrer" verherrlicht werden. Er stellt die pointierte Frage, wie sich die ethischen Grundsätze der Universität mit der Fortführung einer Kooperation vereinbaren lassen, deren Partnerin Terroristen und Judenmörder als Helden feiert, und stellt diese Haltung explizit der Entscheidung Harvards gegenüber, die eigene Zusammenarbeit mit Birzeit zu beenden. Es handelt sich um eine klar formulierte kritische Position des Autors, nicht um eine neutrale institutionelle Berichterstattung der Zeitung.

Quellen: **Neue Zürcher Zeitung**
Quellenangaben (1)

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 16

 **Innenpolitik** 1 Quelle · 1 Sprache

Debatte um Gesamtschulen in Deutschland

Zu diesem Thema liegt nur eine Quelle vor. In einem Meinungsbeitrag für die Süddeutsche Zeitung argumentiert Nava Ebrahimi, dass Gesamtschulen in Deutschland bei der Verringerung sozialer Ungleichheit erfolgreicher seien als das selektive Schulsystem mit getrennten Bildungswegen, und kritisiert scharf die CDU, die das Gesamtschulmodell seit Jahrzehnten bekämpfe und Gesamtschulen chronisch unterfinanziere - als Beleg führt sie an, dass der Staat lieber Milliarden für Tankrabatte ausbebe, statt in Bildung zu investieren. Da keine weitere Quelle das Thema aufgreift, lässt sich hier kein Vergleich unterschiedlicher Sichtweisen anstellen.

Quellen: **Süddeutsche Zeitung**
Quellenangaben (1)

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 6

Zukunft des europäischen Kampfjet-Programms (FCAS/GCAP)

Zu diesem Thema liegt nur ein Beitrag vor: ein Meinungsbeitrag in der Süddeutsche Zeitung, der die Zukunft des europäischen Kampfjets der nächsten Generation als dringliche strategische Frage rahmt. Argumentiert wird, Europa brauche ein eigenes Kampfjet-System, um nicht von den USA abhängig zu sein und technologisch nicht hinter Russland zurückzufallen, und ein Anschluss an das britische GCAP-Programm sei womöglich der aussichtsreichere Weg als das Festhalten am ins Stocken geratenen deutsch-französischen FCAS-Projekt. Auffällig ist dabei, dass GCAP als möglicher "Gemeinschaftswerk der Demokratien" jenseits von Washington beschrieben wird, unabhängig von den USA und von der als wirr bezeichneten Politik Donald Trumps - eine Formulierung, die das Misstrauen gegenüber Washington mindestens ebenso stark betont wie die Sorge vor technologischem Rückstand gegenüber Russland.

Quellen: Süddeutsche Zeitung

Quellenangaben (1)

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 4

Festnahme eines japanischen Journalisten in Russland wegen Spionageverdachts

Zu diesem Thema liegt nur eine Quelle vor: Süddeutsche Zeitung mit einem Beitrag von Silke Bigalke und David Pfeifer. Die Autoren deuten die Festnahme eines akkreditierten japanischen Journalisten auf Sachalin wegen Spionageverdachts als Teil eines größeren russischen Musters, ausländische Staatsbürger als politisches Druckmittel einzusetzen, und zitieren dazu die zynische Formulierung, man müsse den "Austauschfonds mit europäischen und amerikanischen Idioten auffüllen".

Damit rückt der Artikel die strategische Dimension des Vorfalls vor dem Hintergrund der ohnehin angespannten japanisch-russischen Beziehungen in den Vordergrund, statt sich auf die Frage der Berechtigung des Spionagevorwurfs selbst zu konzentrieren.

Quellen: **Süddeutsche Zeitung**
Quellenangaben (1)

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 8

 **Innenpolitik** 1 Quelle · 1 Sprache

Regierungsproteste in Albanien

Zu diesem Thema liegt nur eine Quelle vor: Die Süddeutsche Zeitung berichtet über seit Tagen andauernde Proteste gegen die Regierung von Ministerpräsident Edi Rama, ausgelöst durch Wut über Korruption, steigende Bildungskosten und fehlende Zukunftsperspektiven für junge Menschen. Der Artikel schildert, wie sich die Demonstrationen auf mehrere Städte ausgeweitet haben und gewalttätig geworden sind, und verweist auf den Appell der Vereinten Nationen zur Zurückhaltung. Da keine weitere Zeitung über das Ereignis berichtet, lässt sich kein Vergleich konkurrierender Sichtweisen ziehen - bemerkenswert ist jedoch der Ton des Beitrags selbst, der die Unruhen als Ausdruck einer umfassenden, tiefsitzenden Verzweiflung rahmt, erkennbar an dem als Überschrift gewählten Zitat: "Weil alles schlecht ist. Weil sich alles ändern muss." - das eher eine umfassende gesellschaftliche Krisenstimmung vermittelt als punktuellen Unmut über eine einzelne politische Maßnahme.

Quellen: **Süddeutsche Zeitung**
Quellenangaben (1)

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 7

Prozess gegen İmamoğlu als politische Bühne gegen Erdoğan

Dieses Thema wird ausschließlich von der Süddeutsche Zeitung behandelt, in einem Beitrag von Raphael Geiger. Geiger beschreibt den Prozess gegen den inhaftierten Istanbuler Bürgermeister Ekrem İmamoğlu, in dem die Staatsanwaltschaft eine Haftstrafe von 2400 Jahren fordert, nicht als gewöhnliches Gerichtsverfahren, sondern als politische Bühne, die İmamoğlu gezielt gegen Erdoğans Herrschaft nutzt. Er hebt hervor, wie İmamoğlu im Gerichtssaal eine Rede im Stil eines Regierungschefs hält, sich mit dem Satz "Ich bin eure Hoffnung" als nationaler Hoffnungsträger inszeniert und den Konflikt als eine Art zweiten Unabhängigkeitskampf für die türkische Demokratie darstellt. Da keine weitere Zeitung über dieses Ereignis berichtet, gibt es keinen Vergleich unterschiedlicher Blickwinkel - lediglich Geigers eigene, pointierte Deutung des Prozesses als symbolischer Kampf um Erdoğans Gegenspieler und die Zukunft der türkischen Demokratie.

Quellen: **Süddeutsche Zeitung**

Quellenangaben (1)

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 7

Merz' Stellung und Kurs in der EU

Zu diesem Thema liegt nur eine einzige Quelle vor. In seinem Meinungsbeitrag in der Süddeutschen Zeitung zeichnet Hubert Wetzel ein zwiespältiges Bild von Bundeskanzler Merz' Stellung in Europa: Einerseits habe sich Merz in Brüssel durch entschiedene Unterstützung für die Ukraine, eine Führungsrolle bei der Erhöhung der europäischen Verteidigungsausgaben und einen härteren Kurs gegenüber China einen soliden Ruf erarbeitet. Andererseits schade sich Merz laut Wetzel selbst, wenn

er Initiativen wie den Kreditplan auf Basis eingefrorener russischer Vermögenswerte im Alleingang durchzusetzen versuche, statt sich mit den europäischen Partnern abzustimmen. Es entsteht so ein Bild differenzierter Würdigung - Lob für die großen strategischen Erfolge bei gleichzeitiger Kritik am diplomatischen Stil.

Quellen: **Süddeutsche Zeitung**

Quellenangaben (1)

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 9



Innenpolitik

1 Quelle · 1 Sprache

Sozialstaat im internationalen Vergleich

Zu diesem Thema liegt nur eine Quelle vor. In einem gemeinsam verfassten Beitrag in der Süddeutschen Zeitung, gezeichnet von Alexandra Förderl-Schmid, Nicolas Freund, Gunnar Herrmann und Oliver Klasen, argumentieren die Autoren, die deutsche Regierungskoalition tue sich schwer damit, ihre Sozialreformen im eigenen Land überzeugend zu vermitteln. Sie schlagen vor, sich an Beispielen aus der Schweiz, den Niederlanden, Schweden, Frankreich und Dänemark zu orientieren, wo Krankenversicherung, Rente und Pflege teils anders organisiert sind. Zugleich mahnen sie, solche Modelle ließen sich nicht eins zu eins übertragen - Anregungen von außen könnten der festgefahrenen deutschen Debatte aber immerhin neuen Schwung verleihen. Da keine weitere Zeitung über dieses Thema berichtet, gibt es keinen gegenläufigen Blickwinkel, der sich zum Vergleich heranziehen ließe.

Quellen: **Süddeutsche Zeitung**

Quellenangaben (1)

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 21

Torf- und Waldbrände in Indonesien und die Palmölindustrie

Zu diesem Thema liegt nur eine Quelle vor. In seinem Artikel für die Süddeutsche Zeitung schildert Thomas Hahn monatelange, verheerende Torf- und Waldbrände in Kalimantan, Indonesien, die von Bauern und Akteuren der Palmölindustrie gezielt gelegt wurden, um Land zu entwässern und nutzbar zu machen. Er beschreibt die massive Zerstörung von Lebensräumen sowie die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen für die lokale Bevölkerung und richtet den Blick zugleich auf westliche Konsumenten und Lieferketten, denen er eine Mitverantwortung zuschreibt - mit der Forderung nach besserer Rückverfolgbarkeit der Herkunft von Palmöl. Da keine weitere Zeitung über dieses Thema berichtet, gibt es keinen Vergleich mit einer gegensätzlichen Sichtweise - die Berichterstattung bleibt eine einzelne, kritische Perspektive, die lokale ökologische Zerstörung mit globaler Nachfrage verknüpft.

Quellen: **Süddeutsche Zeitung**
Quellenangaben (1)

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 10

Aufstieg eines militärisch-digitalen Komplexes in den USA

Zu diesem Thema liegt nur eine Quelle vor. In einem Meinungsbeitrag für die Süddeutsche Zeitung argumentiert Jannis Brühl, dass nach dem politischen Rechtsruck im Silicon Valley Tech-Unternehmer wie Thiel, Musk, Karp, Luckey und Andreessen einen neuen "militärisch-digitalen Komplex" errichten. Er zieht dabei ausdrücklich eine Parallele zu Eisenhowers Abschiedsrede von 1961, in der dieser vor den "ungerechtfertigten Einflussnahmen" des militärisch-industriellen Komplexes warnte. Brühl deutet diese Entwicklung als besorgniserregend, weil sie den amerikanischen Staat in gefährlicher Weise von privaten Technologiekonzernen

in Fragen der nationalen Sicherheit abhängig mache, und stellt sie damit als zeitgemäßes Echo jener Dynamik dar, vor der Eisenhower einst warnte.

Quellen: **Süddeutsche Zeitung**

Quellenangaben (1)

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 22

Gesellschaft & Kultur

1 Quelle · 1 Sprache

Machtkampf in der FIFA um Infantino

Zu diesem Thema liegt nur ein einziger Beitrag vor, ein von Johannes Aumüller und Thomas Kistner gezeichneter Artikel in der Süddeutschen Zeitung. Die beiden Autoren stellen Infantinos PR-Kampagne mit inszenierten Harmoniefotos infrage und argumentieren, dass die Fronten innerhalb der FIFA in Wirklichkeit so verhärtet seien wie nie zuvor - mit offenen Fragen rund um das gescheiterte FFE-Projekt, Widerstand aus der UEFA und anderen Konföderationen sowie der Möglichkeit, dass vor der Präsidentschaftswahl Gegenkandidaten wie Arsène Wenger auftreten könnten. Da keine andere Zeitung über das Thema berichtet, gibt es keinen Vergleich unterschiedlicher Quellen, sondern lediglich diese kritische Analyse, die dem von Infantino selbst vermittelten Bild der Einigkeit widerspricht.

Quellen: **Süddeutsche Zeitung**

Quellenangaben (1)

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 35

Technologie & Medien

1 Quelle · 1 Sprache

Interview mit Daron Acemoğlu zu Trump, Populismus und KI-Regulierung

Zu diesem Thema liegt nur eine Quelle vor: In einem Interview mit Süddeutsche Zeitung, geführt von Alexander Hagelüken und Ann-Kathrin Nezik, argumentiert der Nobelpreisträger Daron Acemoğlu, Donald Trump sei gefährlicher als europäische Rechtspopulisten wie Marine Le Pen, Nigel Farage oder die AfD, weil Trump ausdrücklich darauf abziele, demokratische Institutionen selbst zu zerstören, statt sie nur innerhalb des bestehenden Systems herauszufordern. Darüber hinaus fordert er eine Zerschlagung von Tech-Monopolen wie Meta und Google sowie eine strengere Regulierung von KI-Firmen, da solche Maßnahmen nötig seien, um sowohl die Demokratie als auch den wirtschaftlichen Wohlstand zu schützen. Da nur ein Medium über dieses Thema berichtet, gibt es hier keinen Vergleich unterschiedlicher Perspektiven, sondern lediglich die eigene, begründete Position des Ökonomen, wie sie in dem namentlich gezeichneten Beitrag wiedergegeben wird.

Quellen: **Süddeutsche Zeitung**
Quellenangaben (1)

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 24



Gesellschaft & Kultur

1 Quelle · 1 Sprache

TV-Kritik zur Dystopie-Serie „Droneland“

Zu diesem Thema liegt nur eine einzige Quelle vor. In seiner Kritik für die Süddeutsche Zeitung nimmt Philipp Bovermann die deutsche Serie „Droneland“ aufs Korn, die die EU als faschistischen Polizeistaat zeigt, der von Europol und Schwärmen von Überwachungsdrohnen beherrscht wird. Statt sich mit der politischen Prämisse eines europäischen Überwachungsstaats inhaltlich auseinanderzusetzen, richtet Bovermann sein Augenmerk auf die handwerkliche Umsetzung: Die billige Ausstattung und die wenig überzeugende Inszenierung, so

sein Urteil, lassen den politischen Anspruch der Serie ins Leere laufen und machen die dystopische Vision trotz eines interessanten Grundgedankens weder glaubwürdig noch fesselnd.

Quellen: **Süddeutsche Zeitung**

Quellenangaben (1)

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 38

Innenpolitik

1 Quelle · 1 Sprache

New Yorks Wohnungskrise und Mamdanis Bürgermeisteramt

Dieses Thema wird hier allein von der Süddeutschen Zeitung behandelt. In seinem Meinungsbeitrag analysiert Boris Herrmann, wie die extreme Wohnkostenkrise in New York den rasanten politischen Aufstieg Zohran Mamdanis zum Bürgermeister befeuert hat, und erläutert dessen Mietpreisstopp sowie dessen ehrgeizige Baupläne als vorgeschlagene Lösung. Herrmann weist auf die Spannung hin, die zwischen dem Versprechen eines Mietenstopps und der gleichzeitigen Notwendigkeit besteht, in großem Umfang neue Wohnungen zu bauen. Zudem lenkt er den Blick auf eine überraschende Kooperation Mamdanis mit Donald Trump bei einem großen Bauprojekt - ein Aspekt, der die übliche Einordnung Mamdanis als bloßen ideologischen Gegenpol zu Trump zusätzlich verkompliziert.

Quellen: **Süddeutsche Zeitung**

Quellenangaben (1)

Süddeutsche Zeitung, 17.10.2026, S. 57

Gesellschaft & Kultur

1 Quelle · 1 Sprache

Krebsdiagnose von Papst Leo XIV.

Zu diesem Thema liegt nur eine Quelle vor. In einem Meinungsbeitrag für die Los Angeles Times argumentiert Nicole Winfield, dass die Krebsdiagnose von Papst Leo XIV. trotz der Unsicherheit, die sie über seine Amtszeit und seine Reisepläne bringt, paradoxerweise sein globales Ansehen stärken und sogar die bislang langsame, bedachte Agenda des Papstes beschleunigen könnte - insbesondere seine Bemühungen, die zerrissene katholische Kirche zu einen und als moralisches Gegengewicht zur Trump-Regierung aufzutreten. Da keine weitere Zeitung über das Thema berichtet, gibt es keinen Vergleich zwischen unterschiedlichen Quellen; der Beitrag bietet stattdessen eine eigenständige analytische Perspektive, die die gesundheitliche Krise eher als möglichen Katalysator denn als bloßen Rückschlag deutet.

Quellen: **Los Angeles Times**

Quellenangaben (1)

Los Angeles Times, 17.10.2026, S. 2

● Migration & Gesellschaft

1 Quelle · 1 Sprache

US-Abschiebungen in Drittstaaten

Dieses Thema wird ausschließlich von der Los Angeles Times behandelt, in einem investigativen Beitrag von Mark Banchereau. Im Mittelpunkt steht das Einzelschicksal einer transgeschlechtlichen Kubanerin, die zuvor offen in Miami gelebt hatte, als Beispiel für eine breitere US-Politik, Migranten - darunter auch LGBTQ-Personen - in Drittstaaten wie die Zentralafrikanische Republik abzuschieben, wo ihnen Inhaftierung, Misshandlung und erneute Verfolgung drohen. Banchereau beschreibt diese Fälle ausdrücklich nicht als bürokratische Fehler, sondern als "vorhersehbares Ergebnis" einer bewussten politischen Entscheidung, rechtliche und moralische Verpflichtungen gegenüber LGBTQ-Migranten aufzugeben, und verweist darauf, dass der Oberste Gerichtshof die Praxis

vorerst weiter zugelassen hat. Da kein weiteres Medium dieses Thema aufgreift, lässt sich kein Vergleich unterschiedlicher Perspektiven ziehen - es steht allein diese kritische, investigative Sichtweise im Raum.

Quellen: **Los Angeles Times**

Quellenangaben (1)

Los Angeles Times, 17.10.2026, S. 3

● **Handel & Wirtschaft**

1 Quelle · 1 Sprache

Kubas Wirtschaftskrise und Medikamentenknappheit

Zur Berichterstattung über Kubas Medikamentenknappheit liegt nur eine einzige Quelle vor. In der Los Angeles Times schildert die Journalistin Andrea Rodríguez, wie Kubas sich verschärfende Wirtschaftskrise, verstärkt durch US-amerikanische Finanz- und Energiesanktionen, zu gravierenden Medikamentenengpässen geführt hat, und rückt dabei den Aufbau ehrenamtlich betriebener

Gemeinschaftsapotheken sowie neue staatliche Reformen, die private Apotheken zulassen, in den Mittelpunkt. Da keine weitere Zeitung dieses Thema aufgreift, gibt es keine gegensätzlichen Perspektiven oder Bewertungen zu vergleichen - der Beitrag liefert eine sachliche Schilderung davon, wie sich Kubaner an den Mangel anpassen, und zitiert eine lokale Stimme, die betont, dass selbst eine starke medizinisch-pharmazeutische Industrie ohne Nachschub nicht produzieren kann.

Quellen: **Los Angeles Times**

Quellenangaben (1)

Los Angeles Times, 17.10.2026, S. 4

● **Energie & Umwelt**

1 Quelle · 1 Sprache

US-Solarexporte nach Kuba

Zu diesem Thema liegt nur eine einzige Quelle vor. In seinem Artikel für die Los Angeles Times beschreibt Jim Wyss das Paradox der US-Politik gegenüber Kuba: Während die Regierung Trump ihre Sanktionen verschärft und eine Treibstoffblockade gegen die Insel durchsetzt, erlaubt eine Gesetzeslücke weiterhin den Export amerikanischer Solartechnik, die für die kubanische Bevölkerung angesichts anhaltender Stromausfälle zu einer echten Rettung geworden ist. Wyss deutet diese scheinbare Widersprüchlichkeit zugleich als strategisch nützlich für Washington, da die wachsende kubanische Abhängigkeit von US-Solartechnologie dazu beiträgt, den Einfluss Chinas und Russlands auf der Insel einzudämmen.

Quellen: Los Angeles Times

Quellenangaben (1)

Los Angeles Times, 17.10.2026, S. 9



Innenpolitik

1 Quelle · 1 Sprache

Bundesstaatlicher Streit um Wählerverzeichnisse und Einwanderungsvollzug in Kalifornien

Alle drei Artikel zu diesem Thema stammen von der Los Angeles Times und beleuchten im Grunde einen einzigen, umfassenderen Konflikt zwischen der Trump-Regierung und Kalifornien aus mehreren Blickwinkeln, wobei die redaktionelle Linie durchgehend mit dem Bundesstaat sympathisiert. Die beiden Artikel zu den Wählerverzeichnissen - einer über die Klage des Justizministeriums gegen die Auszählung von rund 20.000 Stimmzetteln, der andere über eine Klage gegen Los Angeles County - zitieren kalifornische Beamte, die die Maßnahmen der Regierung als "traurigen, verzweifelten Versuch" bezeichnen, Wähler zu unterdrücken, während sie zugleich die Position des Justizministeriums wiedergeben, wonach Kalifornien "wissentlich ein Hindernis" für die Durchsetzung des Bundeswahlrechts schaffe, indem es unrechtmäßiges Wählen erleichtere. Ein dritter, von Kevin Rector

und Brittany Meja gezeichneter Artikel wechselt zu einem verwandten, aber eigenständigen Schauplatz - Festnahmen der Einwanderungsbehörde ICE an staatlichen Gerichtsgebäuden - und stellt das Argument von Kaliforniens Generalstaatsanwalt Rob Bonta in den Vordergrund, solche Festnahmen seien verfassungswidrig und schreckten Zeugen von einer Kooperation mit der Justiz ab; er ordnet sie in rund hundert Klagen des Bundesstaates ein, die er als notwendige Reaktion auf bundesstaatliche Übergriffe und nicht als politische Obstruktion darstellt. In allen drei Beiträgen zeichnet die Zeitung durchgängig das Bild einer Trump-Regierung, die ihre Bundesmacht auf Kosten Kaliforniens ausweitet, während kalifornische Vertreter sowohl den Wahlprozess als auch das Justizsystem gegen das verteidigen, was sie als politisch motivierte Einschüchterung beschreiben.

Quellen: **Los Angeles Times**

Quellenangaben (3)

Los Angeles Times, 17.10.2026, S. 1 — „DOJ Sues to Block Count of...“

Los Angeles Times, 17.10.2026, S. 5 — „California sues Trump over ICE's courthouse...“

Los Angeles Times, 17.10.2026, S. 6 — „Justice Dept. targets L.A. County in...“

● **Sicherheit & Konflikte**

1 Quelle · 1 Sprache

Irans Einsatz der Todesstrafe gegen Dissidenten

Zu diesem Thema liegt nur eine Quelle vor: The Guardian berichtet, dass ein 23-jähriger Student wegen eines Social-Media-Beitrags zum Tode sowie zu über 12 Jahren Haft verurteilt wurde. Die Zeitung stützt sich dabei auf Menschenrechtsorganisationen, die warnen, dass die iranischen Behörden zunehmend die Todesstrafe als Mittel zur Unterdrückung von Dissidenten einsetzen, und rückt den Fall damit in den Kontext eines breiteren Musters juristischer Repression statt ihn als Einzelfall darzustellen.

Quellen: **The Guardian**

Innenpolitik

1 Quelle · 1 Sprache

Satirischer Blick auf Trump und Farage

Zu diesem Thema liegt nur eine Quelle vor. In seiner satirischen Kolumne in The Guardian macht sich John Crace über Donald Trumps Behauptungen lustig, zahlreiche globale Konflikte beendet zu haben und einen Friedensnobelpreis zu verdienen, und zählt süffisant Kriege auf - etwa den Konflikt mit Iran und den Krieg zwischen Russland und der Ukraine -, die Trump seiner Darstellung nach eher angezettelt oder schlicht ignoriert habe, statt sie zu lösen. In derselben Kolumne richtet sich der Spott auch gegen Nigel Farage, dessen nicht erklärte Krypto-Spende sowie weitere ihn umgebende politische Skandale Crace aufs Korn nimmt. Da kein weiteres Medium dieses Thema aufgreift, gibt es keine konkurrierende Einordnung zum Vergleich - es handelt sich um Craces alleinigen satirischen Blick, der politische Kritik mit pointiertem Humor gegenüber beiden Figuren verbindet.

Quellen: **The Guardian**

Quellenangaben (1)

The Guardian, 17.10.2026, S. 39

Innenpolitik

1 Quelle · 1 Sprache

Niederschlagung von Protesten in Indien um Streit über Wahlkommission

Zu diesem Thema liegt nur eine Quelle vor. The Guardian berichtet, dass zwei Vorsitzende einer oppositionellen Jugendpartei inhaftiert wurden, weil sie sich einem jahrzehntealten Protestverbot am Jantar Mantar widersetzen - dies vor dem Hintergrund eines massiven Aufgebots von rund 30.000 Polizei- und

paramilitärischen Kräften, das eine Demonstration verhindern sollte, die den Rücktritt des Wahlkommissars wegen angeblicher Entrechtung von Wählern forderte. Der Artikel ist als nüchterne Berichterstattung angelegt, die vor allem das Ausmaß des Sicherheitsaufgebots und das harte Vorgehen des Staates gegen politischen Protest hervorhebt; eine vergleichende Perspektive einer anderen Zeitung fehlt.

Quellen: **The Guardian**
Quellenangaben (1)

The Guardian, 17.10.2026, S. 40

● **Technologie & Medien** 1 Quelle · 1 Sprache

Ablehnung von Palantirs NHS-Datenplattform

Dieses Thema wird ausschließlich von The Guardian behandelt, in einem Artikel von Robert Booth. Der Bericht stützt sich auf die Angabe von sechzehn NHS-Trusts und Gesundheitsbehörden in England, die mitteilten, die im März 2024 eingeführte Federated Data Platform von Palantir nicht zu nutzen, und schildert die Kritik von Kampagnengruppen und Abgeordneten an dem Vertrag mit dem Unternehmen - vor dem Hintergrund von Palantirs umstrittenen Verbindungen zum israelischen Militär und zur US-Einwanderungsbehörde. Da keine andere Zeitung über das Thema berichtet, lässt sich kein Quellenvergleich ziehen; der Beitrag steht als investigative Berichterstattung, die sowohl die praktische Ablehnung des Systems durch NHS-Einrichtungen als auch die politische Kontroverse um Palantirs Rolle in der öffentlichen Gesundheitsinfrastruktur hervorhebt.

Quellen: **The Guardian**
Quellenangaben (1)

The Guardian, 17.10.2026, S. 13

Ökonomin Isabella Weber über fossile Energien, Ungleichheit und Rechtsruck

Zu diesem Thema liegt nur eine einzige Quelle vor. In einem Porträt für The Guardian stellt Michael Segalov die These der Ökonomin Isabella Weber vor, wonach die anhaltende Abhängigkeit lebenswichtiger Güter von fossilen Energien sowie das Versagen der marktwirtschaftlichen Mainstream-Ökonomie im Umgang mit Ungleichheit und steigenden Lebenshaltungskosten den Aufstieg rechtsextremer Politik begünstigen. Da keine weitere Zeitung über das Thema berichtet, gibt es keinen Gegenstandspunkt zum Vergleich - der Beitrag gibt im Wesentlichen Webers eigene Position wieder, die Preiskontrollen und öffentliche Investitionen in Grundgüter als explizit antifaschistische Wirtschaftsagenda fordert.

Quellen: **The Guardian**

Quellenangaben (1)

The Guardian, 17.10.2026, S. 14

Dürre in Afghanistan und Kinderehen

Zu diesem Thema liegt nur eine Quelle vor. In ihrem Bericht für The Guardian stellt Elise Blanchard die Verheiratung minderjähriger Mädchen in der afghanischen Provinz Badghis als unmittelbare Folge der klimabedingten Dürre dar und zieht eine direkte Linie von gescheiterten Ernten und wachsender Verschuldung zur Entscheidung von Familien, ihre Töchter noch als Kinder zu verheiraten. Der Beitrag stützt sich stark auf persönliche Zeugnisse, darunter den eindringlichen Satz "Wir müssen ein Familienmitglied opfern, um die anderen zu retten", und rückt die dokumentierten gesundheitlichen und sozialen Schäden in den Vordergrund. Damit wird die Krise als Teil der globalen Klimakrise gerahmt und nicht als isoliertes lokales oder kulturelles Phänomen dargestellt.

Quellen: **The Guardian**

Quellenangaben (1)

The Guardian, 17.10.2026, S. 34

● **Handel & Wirtschaft**

1 Quelle · 1 Sprache

Britische Haushaltspolitik, Bankensteuern und Sozialkürzungen

Dieses Thema wird ausschließlich von The Guardian behandelt, in einem Bericht von Heather Stewart und Kalyeena Makortoff, sodass kein Vergleich zwischen mehreren Zeitungen möglich ist. Der Artikel stellt die Warnung des Internationalen Währungsfonds an Schatzkanzlerin Rachel Reeves in den Mittelpunkt, wonach zusätzliche gezielte Bankensteuern vermieden und stattdessen Einsparungen bei Sozialleistungen und Renten gesucht werden sollten, da die Gesamtsteuerlast in Großbritannien mit rund 40 Prozent des BIP historisch hoch sei und Anpassungen auf der Ausgabenseite daher sinnvoller erschienen. Zugleich enthält der Beitrag eine Gegenstimme aus der Finanzbranche selbst: Ein ehemaliger Banker argumentiert, die Banken könnten angesichts ihrer zuletzt hohen Gewinne durchaus eine moderate Steuererhöhung verkraften. Die Spannung in der Berichterstattung verläuft somit innerhalb dieses einen Artikels - zwischen der fiskalpolitischen Orthodoxie des IWF und einer abweichenden Stimme aus der Bankenwelt - und nicht zwischen konkurrierenden Zeitungen.

Quellen: **The Guardian**

Quellenangaben (1)

The Guardian, 17.10.2026, S. 44

● **Sicherheit & Konflikte**

1 Quelle · 1 Sprache

Großbritanniens Skynet-Militärsatellitenentscheidung

Dieses Thema wird ausschließlich von The Guardian behandelt, in einem Beitrag von Jasper Jolly. Der Artikel ordnet die noch ausstehende britische Entscheidung darüber, welches Unternehmen die nächste Generation souveräner militärischer Kommunikationssatelliten bauen soll, in einen größeren Kontext wachsenden Misstrauens gegenüber von den USA kontrollierter Weltrauminfrastruktur ein. Jolly stellt den heiklen Zeitpunkt der Entscheidung ausdrücklich in Zusammenhang mit ukrainischen Beschwerden, wonach der Zugang zu Elon Musks Satellitennetzwerk Starlink eingeschränkt worden sei, offenbar auf Betreiben der US-Regierung - ein Hinweis darauf, dass britische Verantwortliche die Risiken einer Abhängigkeit von amerikanisch verknüpften Anbietern für kritische Verteidigungsfähigkeiten abwägen könnten. Da keine weitere Zeitung über diese Geschichte berichtet, gibt es keinen vergleichenden Blickwinkel, doch der Beitrag selbst verortet eine eigentlich technisch-haushalterische Beschaffungsentscheidung bewusst innerhalb der geopolitischen Spannungen zwischen Washington, Kiew und London rund um weltraumgestützte Militärinfrastruktur.

Quellen: **The Guardian**

Quellenangaben (1)

The Guardian, 17.10.2026, S. 45

● **Energie & Umwelt**

1 Quelle · 1 Sprache

Rückgang der Abholzung im Amazonas-Regenwald

Dieses Thema wird ausschließlich von der Washington Post aufgegriffen, die sachlich berichtet, dass die jährliche Abholzungsrate im brasilianischen Amazonas-Regenwald auf den niedrigsten Stand seit 1988 gesunken sei. Als Grund nennt die Zeitung die Wiederbelebung eines Plans zur Eindämmung der Abholzung durch Präsident Lula, nachdem der unter seinem Vorgänger Bolsonaro verzeichnete Anstieg rückgängig gemacht worden sei. Der Bericht stützt sich auf offizielle

Satellitendaten und stellt die Entwicklung ohne eine abweichende oder kritische Perspektive dar, weshalb für dieses Thema kein Vergleich unterschiedlicher Einordnungen durch mehrere Quellen möglich ist.

Quellen: **The Washington Post**
Quellenangaben (1)

The Washington Post, 17.10.2026, S. 12

● **Technologie & Medien**

1 Quelle · 1 Sprache

Trump-BBC-Verleumdungsklage

Dieses Thema wird ausschließlich von der Los Angeles Times behandelt, in einem Beitrag mit Namensnennung von Jill Colvin. Der Artikel rückt vor allem den prozessualen Streit in den Mittelpunkt: Anwälte der BBC werfen Präsident Trump vor, seine eigene Zeugenaussage in der von ihm gegen den Sender angestregten Verleumdungsklage über 10 Milliarden Dollar wiederholt zu verzögern, was als Versuch dargestellt wird, einer inhaltlichen Klärung auszuweichen. Zugleich gibt der Beitrag auch der Gegenseite Raum, denn Trumps Team beharrt weiterhin darauf, dass die BBC ihn verleumdet und sich in die Wahl eingemischt habe. Da keine weitere Quelle über diesen Fall berichtet, lässt sich kein Vergleich zwischen verschiedenen Zeitungen ziehen - der Artikel selbst stellt beide Seiten relativ ausgewogen dar, legt den Schwerpunkt jedoch deutlich auf die Verzögerungstaktik im Gerichtsverfahren als zentralen Streitpunkt.

Quellen: **Los Angeles Times**
Quellenangaben (1)

Los Angeles Times, 17.10.2026, S. 7

● **Innenpolitik**

1 Quelle · 1 Sprache

Proteste gegen Präsident Vucic in Serbien

Zu diesem Thema liegt ausschließlich ein Bericht der Washington Post vor, die über eine Kundgebung des serbischen Präsidenten Aleksandar Vucic in Novi Sad berichtet, die vor dem Hintergrund anhaltender Massenproteste gegen seine Regierung stattfand - ausgelöst durch die Zugunglück-Tragödie von 2024, bei der 16 Menschen starben. Die Zeitung hebt hervor, dass Vucic in seiner Rede ohne jeden Beleg behauptete, die von Studierenden angeführten Proteste seien von unbenannten ausländischen Mächten organisiert und finanziert worden - eine Darstellung, die die defensive Erzählung der Regierung betont, wonach die Bewegung von außen gesteuert sei statt Ausdruck echten innenpolitischen Unmuts. Da keine weitere Quelle über das Ereignis berichtet, lässt sich hier kein Vergleich zwischen unterschiedlichen Zeitungen ziehen.

Quellen: **The Washington Post**

Quellenangaben (1)

The Washington Post, 17.10.2026, S. 12

● **Handel & Wirtschaft**

1 Quelle · 1 Sprache

IWF-Warnungen vor Energiesubventionen und globaler Schuldenanfälligkeit

Beide Artikel stammen von The Guardian und stützen sich auf Warnungen des Internationalen Währungsfonds, beleuchten dessen Besorgnis jedoch aus unterschiedlichen Blickwinkeln. In ihrem Meinungsbeitrag für The Guardian konzentriert sich Heather Stewart auf die unmittelbaren Folgen des Ölpreisschocks, der durch Trumps Krieg im Iran ausgelöst wurde, und argumentiert, dass Regierungen, die teure Energiesubventionen zur Entlastung der Verbraucher eingeführt haben, diese nicht dauerhaft finanzieren können - zumal viele Länder die Erholung nach der Pandemie nicht genutzt hätten, um ihre fiskalischen Puffer wiederaufzubauen. Der zweite, unsigned Artikel von The Guardian berichtet

dagegen über die Warnung von IWF-Chefin Kristalina Georgieva beim G20-Treffen, die sich auf ein ganz anderes Risiko konzentriert: eine durch künstliche Intelligenz getriebene Investitionsblase, angeheizt durch wachsende Verschuldung und Hebelwirkung, die den tatsächlichen Produktivitätsgewinnen vorseilen und einen Markteinbruch auslösen könnte. Dieser Artikel erweitert den Rahmen zusätzlich, indem er den Zerfall des multilateralen G20-Rahmens angesichts der Abwesenheit der USA und der Anwesenheit Russlands sowie die eigenen fiskalischen Schwierigkeiten Großbritanniens thematisiert - eine geopolitische Dimension, die in Stewarts Beitrag fehlt. Während Stewart die Warnung des IWF eng an einen konkreten geopolitischen Schock koppelt, bettet der andere Artikel sie in eine breitere Erzählung struktureller finanzieller Fragilität ein, die aus einer Technologieblase und der Erosion der globalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit resultiert.

Quellen: **The Guardian**

Quellenangaben (2)

The Guardian, 17.10.2026, S. 46 — „Resilience is word of the week...“

The Guardian, 17.10.2026, S. 47 — „IMF warns of AI market crash...“

Migration & Gesellschaft

1 Quelle · 1 Sprache

Einwanderung als wirtschaftlicher Faktor

Zu diesem Thema liegt nur eine einzige Quelle vor. In einem Meinungsbeitrag für die Washington Post argumentiert Manuel Pastor, dass legale Einwanderungswege, die sich am wirtschaftlichen Bedarf der USA orientieren, zusammen mit einem Weg zur Staatsbürgerschaft das US-Bruttoinlandsprodukt über ein Jahrzehnt um rund 1,7 Billionen Dollar steigern und etwa 438.000 neue Arbeitsplätze schaffen könnten. Er kritisiert zudem, dass die derzeitigen hohen Ausgaben für Durchsetzungsmaßnahmen Ressourcen von arbeitenden Amerikanern abziehen, und positioniert Einwanderung damit explizit als wirtschaftlichen Gewinn statt als

Belastung - implizit eine Kritik an der aktuellen, auf Abschottung und Durchsetzung ausgerichteten Politik.

Quellen: **The Washington Post**

Quellenangaben (1)

The Washington Post, 17.10.2026, S. 16

Diplomatie & internationale Beziehungen

1 Quelle · 1 Sprache

Debatte über die westliche Zivilisation und Rubios Außenpolitik

Zu diesem Thema liegt nur eine Quelle vor: In seinem Meinungsbeitrag in The Washington Post widerspricht Fareed Zakaria der Auffassung Marco Rubios, wonach die Größe des Westens auf Macht, Stolz und Nationalismus beruhe. Zakaria argumentiert, dass diese Eigenschaften auf jedes historische Imperium zutreffen und somit keine Erklärung für eine besondere westliche Exzellenz liefern können. Stattdessen sieht er das eigentlich Außergewöhnliche des Westens in seiner intellektuellen und politischen Tradition - Vernunft, individuelle Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und universelle Menschenrechte -, die es ermöglichte, die engen Grenzen von Stamm, Nation und Imperium zu überwinden. Da kein weiterer Beitrag dieses Thema aufgreift, handelt es sich um die persönliche Position eines einzelnen Kolumnisten und nicht um eine Debatte zwischen mehreren Zeitungen.

Quellen: **The Washington Post**

Quellenangaben (1)

The Washington Post, 17.10.2026, S. 17

Handel & Wirtschaft

1 Quelle · 1 Sprache

Debatte über eine Vermögenssteuer nach Schweizer Vorbild in den USA

Beide Beiträge zu diesem Thema erschienen in der Washington Post und lehnen eine Vermögenssteuer nach Schweizer Vorbild für die USA übereinstimmend ab, setzen dabei jedoch unterschiedliche Schwerpunkte. In seinem Meinungsbeitrag argumentiert Adam Michel, die eigentliche Lehre aus der niedrigen Schweizer Vermögenssteuer sei nicht, dass die USA eine Vermögenssteuer oder mehr Einnahmen bräuchten, sondern dass sie ihre Staatsausgaben senken müssten - die Schweiz dient ihm also als Vorbild fiskalischer Zurückhaltung, nicht als Vorlage für neue Steuern. In einem separaten Meinungsbeitrag wendet sich Greg Suchan hingegen der verfassungsrechtlichen statt der fiskalischen Seite zu: Er hält eine föderale Vermögenssteuer unter Artikel I, Abschnitt 9 der Verfassung für vermutlich verfassungswidrig und warnt davor, die Verfassung zur Lösung der Schuldenproblematik anzutasten. Während Michel den Vorschlag aus wirtschaftspolitischen Gründen verwirft, lehnt Suchan ihn aus rein rechtlichen Gründen ab - gemeinsam ergeben die beiden Beiträge eine zweigleisige Gegenargumentation, fiskalisch und verfassungsrechtlich, gegen denselben Vorschlag.

Quellen: **The Washington Post**

Quellenangaben (2)

The Washington Post, 17.10.2026, S. 16 — „Would a Swiss-style wealth tax work...“

The Washington Post, 17.10.2026, S. 16 — „Would a Swiss-style wealth tax work...“



Innenpolitik

1 Quelle · 1 Sprache

Trumps Einwanderungsrhetorik und die Zwischenwahlen in Georgia

Da zu diesem Thema nur ein einziger Artikel vorliegt, lässt sich kein Vergleich zwischen mehreren Quellen ziehen. The Washington Post schildert in einem Beitrag

von Cleve R. Wootson Jr. Trumps Besuch in Georgia als riskanten politischen Test für die dortigen Republikaner: Der Artikel zitiert Trumps scharfe Behauptung, fremde Länder hätten "ihre Gefängnisse in unser Land entleert, und viele von ihnen kamen genau hierher nach Georgia", und hebt zugleich das Unbehagen von Republikanern in von Einwanderern geprägten Wahlkreisen gegenüber dieser kompromisslosen Rhetorik hervor. Im Mittelpunkt steht damit weniger die Einwanderungspolitik selbst als die innerparteiliche Spannung zwischen Trumps nationaler Botschaft und den lokalen Wahlkalkülen der georgischen Republikaner vor den Zwischenwahlen.

Quellen: **The Washington Post**
Quellenangaben (1)

The Washington Post, 17.10.2026, S. 7

 **Innenpolitik** 1 Quelle · 1 Sprache

Senatsduell in Alaska: Sullivan gegen Peltola

Zu diesem Thema liegt nur eine Quelle vor: Die Washington Post berichtet in einem Beitrag von Matthew Choi sachlich über das Senatsduell zwischen Dan Sullivan und Mary Peltola in Alaska. Der Bericht gliedert die Auseinandersetzung entlang dreier Streitpunkte - die fortgesetzte Beteiligung der USA am Iran-Krieg, Trumps Diesel-Deal mit Russland sowie die Medicaid-Politik und das "Big Beautiful Bill" - und stellt die Positionen beider Kandidaten gegenüber: Peltola wirft Sullivan seine 14 Stimmen gegen eine Kriegsvollmachten-Resolution vor, die die US-Beteiligung am Iran-Krieg beendet hätte, und macht ihn für steigende Energiekosten der Alaskaner verantwortlich, während Sullivan seine Stimmabgaben als notwendig verteidigt, um den Iran an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern. Da keine weitere Zeitung über dieses Duell berichtet, lässt sich kein Vergleich zwischen unterschiedlichen Einordnungen ziehen - der Artikel selbst liefert eine ausgewogene Darstellung, die die Argumente beider Seiten nebeneinanderstellt.

Quellen: **The Washington Post**
Quellenangaben (1)

The Washington Post, 17.10.2026, S. 7

Handel & Wirtschaft

1 Quelle · 1 Sprache

US-Haushaltsdefizit

Dieses Thema wird ausschließlich von USA Today behandelt, in einem sachlichen Bericht von Dan Burns über den Anstieg des US-Haushaltsdefizits auf knapp 2 Billionen Dollar. Der Beitrag zitiert einen Vertreter des Finanzministeriums und nennt drei Hauptgründe: Zollrückerstattungen infolge eines Urteils des Obersten Gerichtshofs, steigende Kosten für den Schuldendienst sowie erhöhte Verteidigungsausgaben, die teilweise mit dem Krieg gegen den Iran zusammenhängen. Bemerkenswert ist, dass selbst der zitierte Vertreter des Finanzministeriums unsicher ist, welcher Anteil des Anstiegs auf den Krieg zurückzuführen ist - entsprechend bleibt auch die Darstellung von USA Today zurückhaltend und datenorientiert, ohne eine erkennbare politische Stoßrichtung.

Quellen: **USA Today**
Quellenangaben (1)

USA Today, 17.10.2026, S. 3

Technologie & Medien

1 Quelle · 1 Sprache

Warnsignale bei der Finanzierung der KI-Infrastruktur

Dieses Thema wird ausschließlich von der Neue Zürcher Zeitung behandelt. In seinem Kommentar argumentiert André Müller, dass die wachsenden Zweifel der Investoren an der Kreditwürdigkeit von Coreweave sowie die steigenden Renditen seiner Anleihen auf tiefliegende strukturelle Risiken im gesamten Boom der KI-

Cloud- und Rechenzentrumsbranche hindeuten. Er deutet die Schwierigkeiten von Coreweave nicht als isoliertes Einzelproblem, sondern als mögliches Frühwarnzeichen für die gesamte KI-Infrastrukturbranche. Da keine weitere Quelle zu diesem Thema vorliegt, lässt sich kein Vergleich unterschiedlicher Sichtweisen ziehen - die Darstellung erfolgt allein aus Müllers kritischer Perspektive.

Quellen: **Neue Zürcher Zeitung**

Quellenangaben (1)

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 25

● **Handel & Wirtschaft**

1 Quelle · 1 Sprache

Lob für Milliardäre und die Debatte über Vermögensungleichheit

In einem Meinungsbeitrag für die Neue Zürcher Zeitung widerspricht Albert Steck der verbreiteten Kritik an Milliardären. Er argumentiert, Europas eigentliches Problem sei nicht zu viel Reichtum, sondern zu viele Erben von "altem Geld" im Vergleich zu selbst gemachten Unternehmern, wie sie in den USA häufiger anzutreffen seien. Reichtum, der durch innovatives Unternehmertum entstehe, sei kein Systemfehler, sondern die Frucht einer leistungsfähigen Wirtschaft, von der die Gesellschaft insgesamt profitiere, statt dass sie auf deren Kosten gehe - eine Position, die der verbreiteten Annahme widerspricht, konzentrierter Privatwohlstand sei grundsätzlich problematisch. Da dies die einzige Quelle ist, die sich diesem Thema widmet, lässt sich kein vergleichender Blickwinkel einer anderen Zeitung heranziehen.

Quellen: **Neue Zürcher Zeitung**

Quellenangaben (1)

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 1

Deutsche Innenpolitik: Unmut über CDU und SPD, Aufstieg der AfD

Zu diesem Thema liegt nur ein einziger Beitrag vor: ein Meinungsbeitrag von Eric Gujer in der Neuen Zürcher Zeitung. Gujer argumentiert, CDU und SPD seien zu abgehobenen, moralisierenden Parteien ohne einigendes Zukunftsbild geworden, und kritisiert Merz und Klingbeil scharf als uninspirierte Technokraten. Die AfD hingegen beschreibt er mit bewusster Ironie als politisches Pendant zu Currywurst mit Pommes - fettig und ungesund, aber sättigend -, und genau damit erkläre sich ihr Erfolg bei Wählern, die eine anspruchslose Alternative suchen. Da nur eine Quelle zu diesem Thema vorliegt, gibt es hier keinen Vergleich zwischen Zeitungen, sondern lediglich diese pointierte Einzelmeinung.

Quellen: **Neue Zürcher Zeitung**

Quellenangaben (1)

Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2026, S. 40

US history and democracy

Zusätzliche Berichterstattung (nicht in einen quellenübergreifenden Vergleich einbezogen): Writer argues Americans should apply historical lessons to present political decisions, a domestic civic commentary with no international dimension. Wichtiges Zitat: "Perhaps the most useful and enlightened use of this perspective is to urge that every American remembers, and applies, all of the lessons of this history to today's news and tomorrow's votes."

Quellen: **Los Angeles Times**

Quellenangaben (1)

Los Angeles Times, 17.10.2026, S. 13

European debt crisis / Eurozone France

Zusätzliche Berichterstattung (nicht in einen quellenübergreifenden Vergleich einbezogen): Siems argues France's unsustainable debt could trigger a new euro crisis far more dangerous than Greece's, warning the ECB cannot and should not bail out France unconditionally and that financial repression via higher inflation may be the eventual outcome, paid for by citizens' purchasing power. Wichtiges Zitat: "Frankreichs Schuldenlast ist schlicht zu gewaltig für eine Rettungsaktion, wie sie im Fall des viel kleineren Griechenlands möglich war."

Quellen: **Die Welt**

Quellenangaben (1)

Die Welt, 17.10.2026, S. 15

German and Western democratic crisis / geopolitical order shift

Zusätzliche Berichterstattung (nicht in einen quellenübergreifenden Vergleich einbezogen): Fücks argues the collapse of the post-Cold War liberal order, US and French instability, and the erosion of Germany's economic model are fueling populism, and calls for the democratic center to unite around bold new projects like security and ecological transformation rather than left-right polarization. Wichtiges Zitat: "Die europäische Friedensordnung, wie sie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstanden ist, liegt in Trümmern. Die globale Hegemonie des Westens ist vorbei."

Quellen: **Die Welt**

Quellenangaben (1)

Die Welt, 17.10.2026, S. 15

Historical account of DDR conscientious objectors (Bausoldaten) and their modern views on Russia-Ukraine war and German rearmament

Zusätzliche Berichterstattung (nicht in einen quellenübergreifenden Vergleich einbezogen): A historical feature on conscientious objectors in the East German army, concluding with two former Bausoldaten expressing differing but both skeptical views on current German military support for Ukraine and rearmament - one calling rearmament dangerous and unable to solve conflict through violence, the other torn between supporting Ukraine and doubting military force can improve things. Wichtiges Zitat: "Für mich als Pazifisten, der sich auf die bibel und die bergpredigt beruft, ist klar, dass mit Waffen und Gewalt keine Lösung erreicht werden kann."

Quellen: **Frankfurter Allgemeine Zeitung**

Quellenangaben (1)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.2026, S. 3

Canada/Alberta independence referendum

Zusätzliche Berichterstattung (nicht in einen quellenübergreifenden Vergleich einbezogen): Carney argues Alberta should learn from Brexit's economic damage as a cautionary tale against secession, while separatists accuse him of having no real case for unity beyond invoking Trump as a bogeyman. Wichtiges Zitat: "It wasn't clear what Brexit meant at the time people made that vote. Now the economy is at least 10 per cent lower than it would otherwise be."

Quellen: **The Daily Telegraph**

Quellenangaben (1)

